

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsge nossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreige spaltene Pettzeile 30 Pfg., für Mitgliedschaften 20 Pfg.

## Fest der Arbeit.

Von Ernst Preczang.

Nicht Herrscherlaune war's, die dich erkoren,  
Dich schuf kein Schwert, dich stützt kein Flintenlauf.  
Mit bunten Blüten wurdest du geboren,  
Ein lichter Frühlingstag ziehst du herauf.  
Herauf aus kampferfüllten weiten Massen  
Rang sich dein Lenzgedanke jauchzend los;  
Dich trug das Volk der Arbeit in dem Schoß,  
Du bist ein Kind der stillen, dunklen Gassen.

Nicht wo die Luft wildtaumelnd überschäumt,  
Beim Becher nicht und nicht beim Freudenmahle —  
Dort, wo die Sehnsucht von der Zukunft träumt,  
Ist deine Heimat, unten in dem Tale:  
Wo festgefügt die Riesenmauern steh'n,  
Wo breite Riemen um die blanken Scheiben,  
Wo Tag für Tag sich Rad und Welle dreh'n  
Und dunkle Wasser ew'ge Mühlen treiben.

Wo harte Hände um das Leben streiten,  
Wo um das Dasein jede Stunde ringt,  
Wo in dem Strom der kampfgeword'nen Zeiten  
So Tag um Tag, so Jahr um Jahr versinkt,  
Dort, Fest des Frühlings, sollst du jubelnd künden,  
Daß jeder Tag auch für die Freiheit wirbt,  
Daß fester sich der Wahrheit Pfeller gründen  
Und hoffnungsleer nicht unser Leben stirbt.

Wir zieh'n empor! Ob Wetter Schlacht und Sturm,  
Ob uns die Donner einer Welt umdrohen!  
Und wüten Blitze rings um unsern Turm,  
Der Zukunft helle Feuer seh'n wir lohen.  
Ja, häuften turmhoch sie den blinden Haß,  
Ob tausend Foltern ihre Wut erdächte  
Und brächen sie das letzte uns're Rechte —  
Rot uns're Sonne! Doch ihr Stern ist blaß.

Denn ein Gedanke lebt in Millionen,  
Der wie ein Sieger sich die Herzen neigt,  
Der alle Grenzen lächelnd übersteigt  
Und seine Fahnen schwingt, wo Menschen wohnen.  
Er kündigt Glück und Leben aller Welt,  
Nach einem letzten Krieg die große Wende,  
Er richtet auf des Friedens weißes Zelt,  
Und alle Völker reichen sich die Hände.

Wir grüßen uns am lichten Maientag  
Und atmen auf vom allzu heißen Ringen,  
Wenn aus den Hütten und aus grünem Hag  
Der Arbeit frische Maientlieder klingen.  
Und zittert auch der Groll durch uns're Brust,  
Durch Wolken zuckt's in tausend Wetterzeichen:  
Es kommt der Tag, der uns in junger Lust  
Wird froh die Palme der Erfüllung reichen.

## Der 1. Mai.

Es war nicht die Laune eines beliebigen vergangenen oder gegenwärtigen Herrschers, die ihn erkoren hat, aber die Herrscher der Zukunft waren es, die ihn als Feiertag ausriefen. Das zeigt sich von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag auch denjenigen immer deutlicher, die zuerst nur ein mitleidiges Lächeln für die vermeintlichen Phantasten übrig hatten, die sich unterfingen, mitten in die kirchlichen und patriotischen Feiern einen spezifisch proletarischen Festtag einzuschleichen und dreist genug waren, durch ihn für eine Kürzung der Arbeitszeit und mithin für eine Beschränkung der Unternehmerwillkür zu demonstrieren. Auch die rückständigsten Gegner können heute nicht mehr die unwiderstehlich emporstrebende Macht derjenigen wegleugnen, deren Vertreter 1889 auf dem internationalen Kongreß zu Paris den einzig schönen und kühnen Gedanken faßten, die Arbeiter der ganzen Welt zur gemeinsamen Kundgebung für den Achtstundentag und den Völkerfrieden aufzufordern.

Frankreich wollte 1889 gelegentlich seiner fälligen Weltausstellung — man hatte regelrecht alle 11 Jahre eine solche veranstaltet — auch die Hundertjahrfeier seiner großen Revolution begehen. Obgleich die Bourgeoisie längst nur noch mit platonischer Liebe ihre Jugendforderungen vertrat und viele derselben schon ganz und gar verraten hatte, hielt sie sich doch zu dieser Feier berufen, und glaubte jedenfalls, auf diesem großen Jahrmärkte, zu dem alle Nationen geladen waren, die Kämpfe ihrer Befreiung genügend würdigen zu können. Die Organisationen des internationalen Proletariats erachteten es demgegenüber als ihre Pflicht, in Paris gleichfalls vertreten zu sein, um schon durch ihre Anwesenheit zu dokumentieren, daß kraft der wirtschaftlichen Entwicklung sie es als ihre Aufgabe betrachteten, die Ideale der Revolution hochzuhalten und zu verwirklichen. Und durch seine Kongreßbeschlüsse hat es in der Tat jener

bürgerlichen Gedächtnisfeier erst einen bleibenden Wert gegeben. Anerkennung der allgemeinen Menschenrechte, Volkswohlfahrt und Völkerbrüderung waren zwar von dem Bürgertum in dem schönen Rufe: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zusammengefaßt worden; aber erst die neuzeitlichen Klassenkämpfer konnten dem Streben nach diesen Idealen eine Basis geben, die ihre Verwirklichung herbeiführen kann und muß. Die Erkenntnis der Notwendigkeit eines ununterbrochenen Kampfes der Arbeiterklasse für Bejeitigung aller Klassen und die Massen ergreifen und befeelen, ehe diesem Ziele überhaupt eine faßbare Gestalt gegeben werden konnte.

Der Pariser Kongreß voraussetzte das Terrain, auf dem dieser Klassenkampf tobt, wiederum auf das Eingehendste, zeigte den Streitern neue Richtlinien und Hilfsmittel. Das schönste und kühnste dieser Hilfsmittel war in dem Plane einer Demonstration für die Forderungen des Proletariats an einem bestimmten Tage gefunden. Schön war der Gedanke, weil eine derartige weltumspannende Propaganda für irgend eine direkte Forderung noch niemals ins Auge gefaßt war — auch nicht gefaßt sein konnte, und kühn, weil jeder seiner Urheber wußte, daß damit das Proletariat seine Feinde in der ganzen Welt vereint in die Schranken rief. Kühn auch deshalb, weil die Frage offen stand, ob die Massen reif genug sein würden, diese Demonstration so hoch zu bewerten, um für dieselbe andauernd alle voraussetzlichen Opfer bis zu ihrer völligen Machtentfaltung zu bringen. Denn keiner derjenigen, die damals das „Es werde!“ sprachen, glaubte, daß nunmehr mit einem Schlage alle Arbeiter den großen Gedanken fassen würden, und mit einem Schlage in alle Köpfe, alle Winkel Licht kommen müsse. Man beschloß deshalb, die Demonstration zunächst auch nur für das nächste Jahr.

Die Kundgebung setzte jedoch so allgemein und in vielen Ländern mit so elementarer Wucht ein — die Gegenmaßregeln der Herrschenden hatten statt hemmend nur fördernd gewirkt —, daß es ein „Zurück!“ nicht mehr geben konnte. Wohl haben die ersten Jahre gelehrt, daß Tausende der Demonstranten von der Maifeier eine andere Wirkung erwarteten; sie vergaßen, daß jede Demonstration nur die Bekundung eines gemeinsamen Willens zu einer gewissen Handlung — hier vor allem zur Erklämpfung des Achtstundentages — ist, aber nicht diese Handlung selbst, den Kampf um die Forderung, in sich schließt. Die Maifeier soll nur eine indirekte, eine belebende und begeisternde Wirkung auf die Kämpfer ausüben, soll neue Massen anfeuern, sich den Reihen der Streiter anzuschließen und soll den Gegnern die Macht zeigen, die hinter den Kulturforderungen des arbeitenden Volkes steht. Die Abmessung des direkten Schrittes, welcher in der Richtung nach dem Ziele gemacht werden soll, und der Zeitpunkt seiner Ausführung hängt immer von den allgemein wirtschaftlichen und den beruflichen Verhältnissen sowie von der ganzen Situation ab, in welcher sich die Organisation befindet. Deshalb haben die Gewerkschaften es sehr bald strikte abgelehnt, mit der Maidemonstration irgend welche direkte Berufsforderungen zu verquiden, und haben mit der Zeit auch sonstige Bestimmungen schaffen müssen, welche die Beteiligung regelt. Auch die Partei hat sehr bald auf ihren Tagungen beschlossen, daß eine Verpflichtung zur Maifeier nicht gegeben ist, wenn schwere wirtschaftliche Nachteile durch sie herbeigeführt werden würden. Ein Beschluß, welcher bei einigem Nachdenken jedem Arbeiter selbstverständlich erscheinen muß, da ja andernfalls die Kampfbereitschaft des Proletariats durch die Demonstration eine Schwächung statt Stärkung erfahren würde. Und die Opfer, die das Wüten der Unternehmer einzelnen Organisationen auferlegte, waren

schwere. Sie führten im letzten Jahre dazu, daß zwischen der Generalkommission und dem Parbeiterstand über die Regelung der Unterstützung Vereinbarungen getroffen wurden, welche allerdings in weiten Kreisen auf Widerspruch gestoßen sind. Eine überall zufriedenstellende Lösung der Frage wird auch hier noch gefunden werden.

So begehrt das Proletariat von Jahr zu Jahr immer zielbewußter, innerlich gefestigter, und in immer größerer Solidarität miteinander verbunden, seinen 1. Mai. Es kann befriedigt auf die hinter ihm liegenden Kampfsjahre blicken. Die Maifeier ist ja auch zu einem Tage des frohen Rückblicks für die einzelnen Organisationen auf den Weg ihrer Siege geworden. Wohl gibt es Stürmer und Dränger, denen der Vormarsch viel zu langsam geht und Pessimisten, die in jeder Augenblicksniederlage den Anfang vom Ende der Arbeiterbewegung sehen. Das schadet nicht! Denn noch immer muß ungezählten Tausenden die Gleichgültigkeit gleichsam mit Peitschenhieben ausgetrieben werden und die Warnrufe der Pessimisten haben schon manchen übergroßen Schwärmer wieder auf den Boden der nüchternen Wirklichkeit zurückgeführt. Doch selbst der kühnste Beurteiler der kulturellen Errungenschaften seit 1889, besonders bezüglich der Herabsetzung der Arbeitszeit, muß die Erfolge unserer unablässigen Kämpfe anerkennen.

Man hat da nicht einmal nötig, die Erfolge unserer fortgeschrittensten Organisationen ins Auge zu fassen oder an den allgemeinen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung zu denken — wir brauchen nur unseren eigenen Beruf zu betrachten. Wenn sonst als dem Drucke der Arbeiterbewegung und den Opfern der eigenen Organisation haben wir es zu danken, daß wenigstens einigermaßen das schwere Joch gemildert wurde, das noch in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf uns allen lastete? Damals war noch nicht an einen gesetzlichen zwölfstündigen Maximalarbeitszeit, noch viel weniger an eine durch den Verband den Kleinmeistern abgerungene elf- oder zehnstündige Arbeitszeit zu denken, oder gar auf einen 36stündigen Ruhetag in der Woche zu hoffen. Heute haben wir das schon in vielen Fällen, und in zahlreichen Großbetrieben ist selbst der Achtstundentag zur Wahrheit geworden. Und ebenso liegt es in unseren Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken. Damals sog ein heutigartiges Unternehmertum noch die schwachen Kräfte der Schulkinder für ein paar Bettelpennige aus und der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft war ebensowenig die geringste Beschränkung aufgeleget wie der männlichen. Elf- bis dreizehnstündige Arbeitszeit und eine noch längere bildeten in diesen Betrieben die Regel.

Soweit wir also hinter den Arbeitern anderer Berufe in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit noch herhinken, so ist doch der Fortschritt unverkennbar, und der Verband hat bewiesen, daß auch in dieser Beziehung seine Angriffskraft in immer schnellerem Maße wächst. Die letzten drei Jahre zeigen dies. 1905 erkämpften wir bekanntlich für 1041 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von 8311 Stunden pro Woche, 1906 für 6788 Mitglieder 20 115 Stunden und 1907 für 7606 Mitglieder 33 799 Stunden!

Auch wir streben also mit allen verfügbaren Kräften unserem Ziele entgegen. Die diesjährige Maifeier steht außerdem für die deutsche Arbeiterschaft im Zeichen des Kampfes um ein freies Wahlrecht in Preußen, an dem alle Mitglieder der Gewerkschaften sich mit gleicher Ausdauer zu beteiligen haben wie an ihren direkten Gewerkschaftskämpfen. Das ist schon deshalb Pflicht jedes einzelnen, weil alle unsere Errungenschaften auf gewerkschaftlichem Gebiete immer wieder durch eine volksfeindliche Gesetzgebung, wie sie am stärksten im jetzigen preussischen Landtage ihren Rückhalt findet, gefährdet werden. Auch hier soll die machtvolle Maidemonstration aufs neue der Empörung Ausdruck geben, daß man es wagt, die gesamte Arbeiterschaft eines großen Volkes von der Gesetzgebung völlig auszuschließen.

Nehme also jeder diesen Festtag zum Anlaß, sich zu geloben, an dem Ausbau der Organisation unablässig zu arbeiten, damit hinter unseren Forderungen eine unübersteigliche Macht steht. Dann werden auch wir ohne Ausnahme bald in der Lage sein, vereint mit unseren Arbeitsbrüdern den 1. Mai zu feiern! Es gibt für den Arbeiter nichts Schöneres, als das Bewußtsein, daß an diesem Tage auf dem ganzen Erdenrund, soweit die Ideen unserer Bewegung vorgebracht sind, alle seine Gesinnungsgenossen mit ihm in Gedanken vereint sind, alle Gedanken der Millionen sich auf unsere Ziele richten, alle Herzen dem Achtstundentage entgegenschlagen.

## Gegen die willkürliche Bestimmung der Arbeitsvermittler der Innungen,

nur solche Gesellen in den Arbeitsnachweis der Innung einzutragen, die im Besitze des Germaniabuches sind, also nur solchen Arbeitsnachweis, wandte sich unsere Zahlstelle Lübeck in einer Beschwerde an das Stadt- und Landamt Lübeck, die wir hier mit dem Entscheid dieser Behörde auf die Beschwerde zum Ausdruck bringen. Die Beschwerde lautete:

### An das sttl. Stadt- und Landamt zu Lübeck.

Der unterzeichnete Vorstand der Zahlstelle Lübeck des Verbandes der Bäcker usw. gestattet sich, beschwerdeführend das Stadt- und Landamt zu ersuchen, der hiesigen Bäckerinnung aufzugeben, in die Liste der arbeitssuchenden Personen ihres Arbeitsnachweises auch solche Bäcker aufzunehmen, die nicht im Besitze eines Germaniabuches sind.

Der am 14. April 1890 zu Gillinghofen geborene Bäcker Heinrich Hansmann kam am 29. Februar 1908 von Hamburg nach Lübeck zugereist und fragte auf dem Arbeitsnachweise der Bäckerinnung um Arbeit an. Obwohl er sich durch mehrere Papiere, darunter auch das Arbeitsbuch (§ 107 R. G.-D.) als Bäcker ausweisen konnte, wurde ihm vom Leiter des Arbeitsnachweises die Eintragung in die Liste verweigert, da er nicht im Besitze eines Germaniabuches sei.

Da es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die nicht nur einen einzelnen angeht, sondern alle Leute betrifft, die, wie die Mehrzahl unserer Mitglieder und wir selbst auch, nicht im Besitze eines Germaniabuches sind, und das bestehende Verfahren gegen den Grundgedanken der Gewerbeordnung verstößt, wenden wir uns beschwerdeführend an das Stadt- und Landamt. Wir nehmen bezug auf die in der anliegenden Zeitung abgedruckte Entscheidung der Gewerbe-Deputation des Magistrats zu Berlin und sehen einer Entscheidung entgegen.

Lübeck, den 3. März 1908.

Ergebenst

Im Auftrage des Vorstandes

August Welz, Vorsitzender, Ottendornstr. 290, 2. Et.

An den

Vorstand der Zahlstelle Lübeck des Verbandes der Bäcker hier.

Auf die Beschwerde des Vorstandes der Zahlstelle Lübeck des Verbandes der Bäcker über den Arbeitsnachweis der hiesigen Bäckerinnung entscheidet das Stadt- und Landamt wie folgt:

Bei der Beurteilung ist davon auszugehen, daß gemäß § 46 a der Innungssatzungen die Vorschriften darüber, unter welchen Voraussetzungen ein Geselle als legitimiert gilt und daher in das Nachweisbuch einzutragen ist, von der Innung erlassen werden. Die Ausübung dieses grundsätzlichen Selbstbestimmungsrechtes wird sich jedoch in vernünftigen, den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Grenzen halten müssen.

Wenn nun die Innung bestimmt, ihr Sprechbote habe nur solche Leute in die Liste einzutragen, welche nachweisen können, daß sie als Bäcker gelernt haben und ihr Handwerk verstehen, so ist nicht einzusehen, inwiefern eine solche Anordnung gegen den Sinn der Gewerbeordnung verstößt. Mehr als den genannten Nachweis verlangt aber die hiesige Bäckerinnung nicht. Zwar hat der Sprechbote die Anweisung, zunächst nach dem Germaniabuche zu fragen; denn für den Fall, daß ein solches beigebracht wird, ist damit ohne weiteres der erforderliche Nachweis erbracht. Andererseits aber ist der Besitz des Germaniabuches nach der übereinstimmenden, durchaus glaubwürdigen Befundung sowohl des Obermeisters Kiefowitz wie des Sprechboten Gurke keineswegs ein unumgängliches Erfordernis der Eintragung in die Nachweisliste. Vielmehr werden auch Leute eingetragen, die sich nicht im Besitze des Buches befinden, wenn sie nur auf irgend eine andere Weise ihre Befähigung zur ordentlichen Ausübung des Bäckerhandwerks glaubhaft nachweisen können. Das gewöhnliche polizeiliche Arbeitsbuch ist allerdings nicht als ausreichende Legitimation in dem gedachten Sinne anzusehen, da es über die Ausbildung seines Inhabers überhaupt keine Auskunft gibt. Daß ferner die Erteilung des Germaniabuches nicht von dem Bestehen einer Prüfung abhängig gemacht wird, sondern lediglich eine Bescheinigung darüber ist, daß der Inhaber desselben sein Handwerk versteht, geht daraus hervor, daß Gesellen, welche sechs Monate lang bei einem Innungsmeister gearbeitet haben, gleichfalls das Buch erhalten.

Ein derartig begründeter und gehandhabter „Befähigungsnachweis“ aber verstößt nicht im geringsten gegen die Gewerbeordnung, muß vielmehr als eine selbstverständliche Forderung betrachtet werden. Man kann den Bäckermeistern unmöglich zumuten, jeden Fremden als Gesellen anzunehmen, der vielleicht früher in irgend einer anderen Branche gelernt hat und von der Bäckerei so gut wie nichts versteht.

Aus dem Befolgen ergibt sich, daß der Ausdruck „das Germaniabuch ist ungesegelt“ zu weit geht für den Fall, daß dies Buch nur als eine (bequemste) Art der Legitimation als Bäcker gilt, daß aber neben ihm andere Ausweise zugelassen werden.

Da dieser Fall bei der hiesigen Bäckerinnung vorliegt, so sieht sich das Stadt- und Landamt nicht in der Lage, das Verhalten derselben zu korrigieren.

Endlich sei für den Einzelfall noch verwiesen auf § 46 f der Satzungen der Bäckerinnung, wonach Beschwerden über die Führung des Arbeitsnachweises in ein bei dem Sprechboten ausliegendes Beschwerdebuch einzutragen sind.

Lübeck, den 7. April 1908.

Das Stadt- und Landamt.

D. Neumann.

Nach dem Entscheid der Aufsichtsbehörde scheint sich hier mal wieder der Herr Obermeister und ebenfalls auch der Verwalter des Innungsarbeitsnachweises um den Kernpunkt der ganzen Sache geschickt herumgedrückt zu haben, um die Behörde zu täuschen. Während es in der Beschwerde unserer Zahlstelle ausdrücklich heißt, daß dem Beschwerdeführenden „vom Leiter des Arbeitsnachweises die Eintragung in die Liste verweigert wurde, da er nicht im Besitze eines Germaniabuches sei“, haben die Herren von der Innung nachzuweisen versucht und die Aufsichtsbehörde hat ihnen geglaubt, „daß der Besitz des Germaniabuches keineswegs ein unumgängliches Erfordernis der Eintragung in die Nachweisliste ist. Vielmehr werden auch Leute eingetragen, die sich nicht im Besitze des Buches befinden, wenn sie nur auf irgend eine andere Weise ihre Befähigung zur ordentlichen Ausübung des Bäckerhandwerks nachweisen können“.

Mit solchen „glaubwürdigen Befundungen“ drücken sich die Gewaltigen der Bäckerinnungen und deren Arbeitsnachweise um den Kern der ganzen Sache herum und verstehen es ausgezeichnet, die Behörden darüber zu täuschen, daß man das „Germaniabuch“ dazu gemacht hat, zunächst solche Kollegen, die nicht im Besitze eines solchen Buches sind, dafür zu strafen, daß ihre Eltern sie zu einem Nicht-Innungsmeister in die Lehre gegeben haben. Für das mangelnde Bedürfnis der Innungs-

zugehörigkeit dieser widerhaarigen Meister werden also ihre Lehrlinge bestraft, und das nennen die Innungsgewaltigen bann „Gerechtigkeit“!

Ferner macht man aber jenen Wisch, das „Germania“-Buch, zu einer für die davon Betroffenen überaus lästigen Kontrolle über die „Meistertroupe“, und bestraft alle die, welche die gewünschte „Meistertroupe“ nicht in genügender Maße besitzen, durch Entziehung des „Germania“-Buches, um sie so durch Not und Hunger infolge Arbeitslosigkeit wieder unter die Fuchtel der Innungsgewaltigen zu bringen.

Aber es wird die Zeit kommen, wo auch die Lübecker Innungsgewaltigen noch einsehen werden, daß es ihnen nicht immer möglich wird, die Aufsichtsbehörde um den Kernpunkt der Sache herum zu täuschen!

## „Schein-Lohnbewegungen.“

Unter diesem Titel bringt das „christliche“ Bäckerblatt in seiner Nr. 7 einen zwei Spalten langen Artikel, der an manchen Stellen unsere Zustimmung herausfordern würde, wenn wir wüßten, daß es dem Blatte auch Ernst damit wäre, was es da schreibt. Aber schon der eine Umstand, daß die ganze „christliche“ Bäckerbewegung nur eine Scheinbewegung ist, nötigt uns, dem Blatte, das als offizielle Vertreterin dieser „christlichen“ Scheinbäckerbewegung vegetiert, jede innere Berechtigung abzuspüren, über unsere Taktik bei Lohnkämpfen zu reden. Als nichts anderes, als einen Versuch, einen Schein zu erwecken, müssen wir es betrachten, wenn das Blatt immerfort alle 14 Tage von einer „christlichen“ Bäckerbewegung faßelt, es aber noch niemals fertig brachte, den konkreten Beweis dafür zu liefern, daß auch tatsächlich eine „christliche“ Bäckerorganisation existiert. Wo sind die Kassensberichte des angeblich „christlichen“ Bäckerverbandes, die tatsächlich beweisen könnten, daß auch wirklich in ganz Deutschland ein paar hundert Bäckergefellens existieren, die den Verband bilden sollen, Wir haben einen solchen noch nie m a l s zu Gesicht bekommen, und müssen darum immer noch annehmen, daß man eben nur über nichts berichten kann.

Und schon aus diesem Grunde müssen wir es, gelinde gesagt, als eine manzenghafte Annahme betrachten, wenn das Blatt sich herausnimmt, danach zu fragen, ob der Hauptvorstand unseres Verbandes diese oder jene Lohnbewegung auch genehmigt hat.

Das Blatt ärgert sich in seinem Artikel in der Hauptsache darüber, daß unsere Freiburger und Mannheimer Kollegen in diesem Frühjahr in Lohnbewegungen eintreten wollen und, was noch lange kein Verbrechen ist, weil unsere dortigen Kollegen sich auch an andere Bäckergefellens-Korporationen mit der Frage wendeten, wie sie sich zu einer Lohnbewegung stellen würden. Die Antwort, die z. B. die paar „Christen“ in Freiburg an unsere Mitgliedschaft gelangen ließen, ist ja bekannt. Der Aerger des Blattes über diese Anfragen an seine dortigen Gesinnungsgenossen ist zu verstehen; erstens fühlte man nämlich selbst, daß sich die paar „christlichen“ Verbändler bei einer Lohnbewegung nur lächerlich machen würden, und zweitens war dabei die Aussicht auf „Mitgliederfang“ auch so ziemlich gleich Null. Darum also der Aerger, und man versucht nun im gleichen Artikel einen christlichen Streikbruch in beiden Städten schon im voraus zu rechtfertigen. Die Bewegungen in beiden Städten werden nämlich von dem Blatt als „Scheinbewegungen“ hingestellt, und es schreibt dazu:

„Eine Gewerkschaft (gemeint ist dabei das „christliche“ Verbändchen“), die die Interessen der Arbeiter vertritt (was und wie werden wir gleich sehen. D. Red.), hat mithin alle Ursache, Scheinbewegungen, die manchmal gar zu nahe liegen, nach Kräften (System Tremmel. Die Red.) hintanzuhalten; am allerwenigsten aber hat sie Ursache, bei solchen noch Handlangerdienste zu leisten.“

Das ist deutlich gesprochen und darum leicht zu verstehen. In der Begründung dieses Standpunktes weist das Blatt hauptsächlich auf die Cöln er Lohnbewegung von 1905 hin, auf jene Bewegung also, die die „Christen“ vom Anfang bis zum Ende mitgemacht haben. Auf der Gaufonferenz des Gauces Rheinland-Westfalen in Essen 1906 kam nun auch diese Lohnbewegung zur Sprache, und daß dabei auch die hierbei gemachten Fehler offen gerügt wurden, ist selbstverständlich. Weil nun der christliche Artikelschreiber einzelne Redner auf dieser Konferenz zitiert und es dadurch so hinzustellen versucht, als ob unser Verband der Hauptmacher dieser Bewegung gewesen wäre, so dürfte es sich empfehlen, den Werdegang und Verlauf derselben kurz zu wiederholen, wir werden dann gleich sehen, wer die „Scheinbewegung“ von Cöln und ihren ziemlich negativen Ausgang auf dem Gewissen hat. Zunächst aber wollen wir hören, wie der „christliche“ Chronist die Geschichte der Bewegung schildert. Er schreibt nämlich:

„Als nun nach monatelanger „Bewegerei“ der erhoffte Mitgliederzuwachs ausblieb, traten sie an unseren Verband (den „christlichen“) heran, um dessen Mit Hilfe. Wir arbeiteten denn auch nach Kräften mit, um so das unserige dazu beizutragen, daß wenigstens etwas bei dieser Bewegung für die Kollegen herausgeschlagen würde.“

Wie war nun in Wirklichkeit der Gang der Dinge? Um es gleich zu sagen: Das Gegenteil von dem, was dieser Musterchrist schreibt, ist wahr! Der „christliche“ Verband war von Anfang an an der Bewegung beteiligt; er half die Forderungen mit ausarbeiten, war in der Lohnkommission vertreten und alle öffentlichen Versammlungen während der Bewegung wurden gleichzeitig von beiden Verbänden einberufen und geleitet. Richtig ist allerdings, daß die „Christen“ bei dieser Bewegung nach Kräften mitgearbeitet haben, um Mitglieder zu gewinnen, aber nicht, um für die Kollegen etwas herauszuschlagen. Man höre und sehe also: Bei den Verhandlungen, wo es sich also darum handelte, für die Kollegen etwas herauszuschlagen, rückte das „christliche“ Verbändchen feig aus, trotzdem es, wie unser Verband, zwei Vertreter hätte stellen dürfen. Als in der Einigungsverhandlung zunächst die Präsenzliste verlesen wurde, meldete sich beim Aufruf der Verbandsvertreter vom „christlichen“ Verbande niemand. Dies wurde nach der Verhandlung, als die beiden Protokolle verlesen wurden (von Meister- und Gehülfenseite),

Hamburg, den 25. April 1908

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die gemeinsame Sitzung des Verbandsvorstandes mit den Gauleitern, welche am 16. und 17. April in Hamburg tagte, hat beschlossen, daß der Kollege **Vernhard Tiescher**, Hamburg I, Wiesenbinderhof 57, wieder, wie schon vor dem Verbandstage in Kassel, Gauleiter für den Gau Hamburg wird und somit die Geschäfte im Gau zu leiten, wie die Agitation zu betreiben hat. Die Zahlstellen und Einzelmitglieder in den Städten des Gaues wollen sich also in Fragen der Agitation an diese Adresse wenden.

Von den Gauleitern wurde mit Recht darüber bittere Klage geführt, daß es in verschiedenen Zahlstellen die Vorstände gar nicht der Mühe wert halten, den Gauleitern auf ihre Fragen Antwort zu geben und ebensowenig sie über wichtige Vorkommnisse am Orte der Zahlstelle unterrichten. Daß solche Bummellei selbst von den Bezirksleitern aus einzelnen Bezirken zu verzeichnen ist, das ist aufs schärfste zu tabeln.

Wir erwarten nun bestimmt, daß darin ein Wandel zum Besseren eintritt und mehr Promptheit und Exaktheit in der Beantwortung aller Anfragen vom Verbandsvorstand und von Gauleitern eintritt. Immer sind es fast dieselben Zahlstellen, wo diese Bummellei vorherrscht, und die Mitglieder sollten auch in den Versammlungen darauf dringen, daß es solche Ortsverwaltungen, die sie auch immer als säumige Zahlstellen in der Mahnung des Hauptkassierers in der Zeitung finden, in der Pflichterfüllung etwas genauer nehmen!

### Der Verbandsvorstand.

J. A.: D. Ullmann, Vorsitzender.

### Quittung.

Vom 18. bis 19. April gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat März: Mitgliedschaft Halle M. 192,10, Bismarck 42,20, Dessau 58,60, Stettin 164,80, Augsburg 48, Apolda 40,40, Tangermünde 17,90, Gießen 89,70, Amberg 80,90, Gotha 41,40, Forst 25,20, Danzig 199,40, Oldenburg 33,50, Bremerhaven 67,40, Wamt 26,10, Brandenburg 53,20, Jena 22,50, Weiskopf 27,60, Gera 111,10, Leisnig 14,40, Zeitz 118,70, Weiskopf 24,40, Königsberg 38,70, Leipzig 872,80, Dresden 1639,20, Freiburg 143,50, Halberstadt 29,70, Plauen 54,10, Hanau 47,30, Biberach 14,60.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: H. F. Oßberghaus M. 32,50, W. G. Daffow 2,50, R. G. Sauscha 9, G. S. Böhm 20, G. G. Monack 16,12, R. L. Zwidau 29,50, A. B. Bierfen 2,50, D. R. Rosen 12,57.

Für Annoncen: R. R. Danzig M. 7,80, R. P. Gera 3, G. R. Gera 7, W. W. Hamburg 4,80.

Mit der Abrechnung für Monat März an die Hauptkasse restieren die Mitgliedschaften: Cottbus, Eisenach, Eberfeld, Karlsruhe, Lüdenscheid, Marburg, Metz, Passau und Striegau.

Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.

### Aus den Bezirken.

**Oagen i. Westf.** Das Verkehrslokal befindet sich im Restaurant Karl Schürhoff, Ecke Hoch- und Goldburgstraße.

### Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

**Vorzügliche Auspresser.** Die Kakaokompagnie Th. Reichardt & Komp. in Wandsbek bei Hamburg hat es von jeher verstanden, aus den Arbeitskräften jenseit „herauszuholen“ wie irgend möglich, und wir waren schon öfter gezwungen, das diesbezügliche Material der Allgemeinheit zu unterbreiten. Der Betrieb arbeitet mit ja 500 Personen und hat 1907 beispielsweise für die männlichen Arbeiter Tag- und Nachtschicht durchgeführt, so daß dort keine Stunde vergeht, in welcher nicht Kakaos und Arbeiter sich zu blinkendem Golde verwandelt. Der niedrigste Barlohn wurde uns erst jetzt wieder mit 10 M für Arbeiterinnen und mit 20 M für Arbeiter pro Stunde angegeben. Das Strafsystem ist so ausgebaut, daß am letzten Weihnacht an die Arbeiter und Arbeiterinnen pro Kopf M 4,50 ausgeteilt werden konnten! In ihrer unbegrenzten Selbstlosigkeit für die Wohlfahrt der weiblichen Arbeiterschaft ist ja die Firma bekanntlich dazu übergegangen, ein „Personat Waldheim“ in Marienhal einzurichten, und erbot sich seinerzeit obendrein, gebrechliche Personen dort aufzunehmen, wenn sie zu der „leichten“ Arbeit im Betriebe geeignet wären. Alles natürlich nur aus Nächstenliebe! Was auf diesem Gebiete alles möglich ist, weiß und leistet demnach „Die Kakaos“, wie die Firma kurzweg in Wandsbek bezeichnet wird.

Heute wollen wir uns mit den angebotenen Praktiken dieses Großbetriebes nicht weiter beschäftigen, sondern nur eine Episode seines fortwährenden Kampfes mit seiner Konkurrenz schildern, weil diese zeigt, wie die Firma auch dabei eine goldene Rückständigkeit an den Tag zu legen weiß, und welche Kampfsmittel sie anzuwenden beliebt. Sie läßt bekanntlich ihrem Hauptprodukte, dem Kakaopulver, selbst eine vorzügliche Auspressung angebeihen, so daß es in einigen Marken nur noch 15 pZt. der wertvollen Fettstoffe, der Kakaobutter, enthält. Die Betriebsleitung hat es dann noch fertig gebracht, durch eine aufdringliche Kellame einem Teil des Publikums plausibel zu machen, dieser geringe Fettgehalt sei ein ganz besonderer

Vorzug ihres Produktes, während im Gegensatz die Konkurrenz behauptet — und wir neigen selbst dieser Ansicht zu —, daß die übergroße Entfettung den Reichardtkafo für einen schwachen Magen wohl etwas leichter verdaulich machen kann, daß aber auf der anderen Seite auch der Nährwert desselben allzusehr beeinträchtigt wird. „Die Kakaos“ hat sich bei diesen Konkurrenzkämpfen aber jetzt einen Denkzettel geholt und das „Hamburger Echo“ berichtet folgendermaßen ausführlich darüber:

„Die Kakaos“ auf dem Kriegspfade. Es ist eine sehr freitbare Firma, die „braune“ in der Brauereistraße. Bald mit den Arbeitern und Angestellten, bald mit den bösen Konkurrenten, bald mit den Behörden — Kämpfe hat sie immer auszufechten. Und die Gerichte haben die Arbeit davon. Nicht immer fährt die Firma allerdings gut dabei. So haben sich zwei Direktoren, die Herren Orlopp und Dent, ihretwegen die Finger ziemlich heftig verbrannt. Es handelt sich dabei um einen Streit mit dem Chemiker des Berliner Polizeilaboratoriums, Professor Dr. Judenack, welcher in einem Referat, das er auf der Dresdener Versammlung deutscher Nahrungs-mittelchemiker hielt, in ziemlich entschiedener Weise gegen die übermäßige Entfettung des Kakaos Stellung genommen hat. Er führte u. a. ein Doppeltkaffee an, das bis auf 15 pZt. entölt sei — das soll bei Präparaten der Kakaos-Kompagnie Theodor Reichardt der Fall sein — und gab der Ansicht Ausdruck, es dürfe kein Kakaos mit weniger als 20 pZt. Fettgehalt verkauft werden, widrigenfalls auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes wegen Verfälschung von Genussmitteln und Irreführung des Publikums vorgegangen werden müsse. Das brachte die Wandsbeker Firma riesig in Harnisch, da sie angeblich durch diese sich auf sie beziehende abfällige Kritik um annähernd M 50 000 geschädigt worden ist. Sie veröffentlichte in den Fachzeitschriften „Nahrungsmittelwerte“ und „Gordian“ wut-schäumende Artikel, in denen sie dem Dr. Judenack Unwahrheiten, Verleumdungen, falsche Zahlenanwendung zc. vorwarf, und andeutete, sie würde sich bei J.'s vorgesetzter Behörde beschweren resp. beim Kaiser, falls J. zu seinem Vorgehen durch die Sonderinteressen anderer deutscher Firmen veranlaßt worden sei. (Es kommt hier als Hauptkonkurrentin die Firma Stollwerck in Frage.) Auch wurde ein Brief ähnlichen Inhalts an den Polizeipräsidenten von Borussia in Berlin (jetzigen Regierungspräsidenten in Magdeburg) gerichtet. In den betreffenden Artikeln war der Polizeibehörde vorgeworfen, sie schwinde blindlings ihre Peitsche, indem sie die ihr zur Untersuchung gelangten Wandsbeker Präparate ununtersucht zurück-wies. Herr Judenack befandete, er habe unter seinerlei Einfluß gehandelt, sondern lediglich an der Hand von ihm vorgenommener Untersuchungen konstatiert, daß der zu einem Mißbrauch ausartende Brauch, die Kakaos stark zu entfetten, die Konsumenten täusche, während der Produzent bedeutend mehr Kakaobutter gewinne und dadurch größeren pekuniären Vorteil erziele. Auch gab er zu, die Reichardt'sche Kellame, ohne Namen zu nennen, gerügt zu haben. (Da sie mehr un-freiwillig-humoristischer Art ist, hätte er sich das schenken können. D. Red. des „Hamb. Echo“.) Die betreffenden Laborate sind von einem Juristen verfaßt, D. und U. tragen jedoch die strafrechtliche Verantwortung. Sie ließen durch ihren Verteidiger, Dr. Suse-Hamburg, Wahrung berechtigter Interessen geltend machen, da sie nur in Abwehr des Vorwurfs der Fälschung und des Betruges gehandelt und nur so zurückgerufen hätten, wie in den Wald hineingerufen sei. Obendrein seien sich die Sachverständigen heute noch nicht einmal einig, ob stark oder schwach entfetteter Kakaos zuträglich sei. Das Gericht kam zu dem Schlusse, daß eine sehr schwere Beleidigung erwiesen sei. Es sei der Vorwurf erhoben, daß J. durch Interessenten zu seinem Gutachten veranlaßt sei, also in ihrem Solde gestanden habe, daß er parteiell gehandelt und leichtfertig geurteilt habe. Ein schlimmerer Vorwurf sei kaum denkbar. Ein Beweis für die Behauptungen sei nicht erbracht worden, im Gegenteil — Judenack sei völlig integer (makellos) aus der Verhandlung hervorgegangen. Die Beleidigungen seien auch nicht in der Erregung verübt, sondern wiederholt und systematisch sei gegen den guten Ruf des Mannes vorgegangen worden. Auch der Vorwurf, die Polizeipeitsche sei blindlings geschwungen worden, sei schwer und durch nichts bewiesen. Es müsse daher eine ganz empfindliche Strafe verhängt werden, und wenn nicht auf Freiheitsstrafe und im Nichtbeitreibungsfalle nur auf Haftstrafe erkannt worden sei, so nur deshalb, weil die Angeklagten nicht im eigenen Interesse, sondern im vermeintlichen ihres Brotgebers gehandelt hätten. Das Gericht erkannte, während der An-kennant eine Geldstrafe von M 100 bezw. M 60 beantragt hatte, gegen Orlopp auf M 600 bezw. 40 Tage, gegen Dent auf M 100 bezw. 10 Tage Haft und Publikationsbefugnis für mehrere Zeitungen und Fachschriften.

„Die Kakaos“ auf dem Kriegspfade. Es ist eine sehr freitbare Firma, die „braune“ in der Brauereistraße. Bald mit den Arbeitern und Angestellten, bald mit den bösen Konkurrenten, bald mit den Behörden — Kämpfe hat sie immer auszufechten. Und die Gerichte haben die Arbeit davon. Nicht immer fährt die Firma allerdings gut dabei. So haben sich zwei Direktoren, die Herren Orlopp und Dent, ihretwegen die Finger ziemlich heftig verbrannt. Es handelt sich dabei um einen Streit mit dem Chemiker des Berliner Polizeilaboratoriums, Professor Dr. Judenack, welcher in einem Referat, das er auf der Dresdener Versammlung deutscher Nahrungs-mittelchemiker hielt, in ziemlich entschiedener Weise gegen die übermäßige Entfettung des Kakaos Stellung genommen hat. Er führte u. a. ein Doppeltkaffee an, das bis auf 15 pZt. entölt sei — das soll bei Präparaten der Kakaos-Kompagnie Theodor Reichardt der Fall sein — und gab der Ansicht Ausdruck, es dürfe kein Kakaos mit weniger als 20 pZt. Fettgehalt verkauft werden, widrigenfalls auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes wegen Verfälschung von Genussmitteln und Irreführung des Publikums vorgegangen werden müsse. Das brachte die Wandsbeker Firma riesig in Harnisch, da sie angeblich durch diese sich auf sie beziehende abfällige Kritik um annähernd M 50 000 geschädigt worden ist. Sie veröffentlichte in den Fachzeitschriften „Nahrungsmittelwerte“ und „Gordian“ wut-schäumende Artikel, in denen sie dem Dr. Judenack Unwahrheiten, Verleumdungen, falsche Zahlenanwendung zc. vorwarf, und andeutete, sie würde sich bei J.'s vorgesetzter Behörde beschweren resp. beim Kaiser, falls J. zu seinem Vorgehen durch die Sonderinteressen anderer deutscher Firmen veranlaßt worden sei. (Es kommt hier als Hauptkonkurrentin die Firma Stollwerck in Frage.) Auch wurde ein Brief ähnlichen Inhalts an den Polizeipräsidenten von Borussia in Berlin (jetzigen Regierungspräsidenten in Magdeburg) gerichtet. In den betreffenden Artikeln war der Polizeibehörde vorgeworfen, sie schwinde blindlings ihre Peitsche, indem sie die ihr zur Untersuchung gelangten Wandsbeker Präparate ununtersucht zurück-wies. Herr Judenack befandete, er habe unter seinerlei Einfluß gehandelt, sondern lediglich an der Hand von ihm vorgenommener Untersuchungen konstatiert, daß der zu einem Mißbrauch ausartende Brauch, die Kakaos stark zu entfetten, die Konsumenten täusche, während der Produzent bedeutend mehr Kakaobutter gewinne und dadurch größeren pekuniären Vorteil erziele. Auch gab er zu, die Reichardt'sche Kellame, ohne Namen zu nennen, gerügt zu haben. (Da sie mehr un-freiwillig-humoristischer Art ist, hätte er sich das schenken können. D. Red. des „Hamb. Echo“.) Die betreffenden Laborate sind von einem Juristen verfaßt, D. und U. tragen jedoch die strafrechtliche Verantwortung. Sie ließen durch ihren Verteidiger, Dr. Suse-Hamburg, Wahrung berechtigter Interessen geltend machen, da sie nur in Abwehr des Vorwurfs der Fälschung und des Betruges gehandelt und nur so zurückgerufen hätten, wie in den Wald hineingerufen sei. Obendrein seien sich die Sachverständigen heute noch nicht einmal einig, ob stark oder schwach entfetteter Kakaos zuträglich sei. Das Gericht kam zu dem Schlusse, daß eine sehr schwere Beleidigung erwiesen sei. Es sei der Vorwurf erhoben, daß J. durch Interessenten zu seinem Gutachten veranlaßt sei, also in ihrem Solde gestanden habe, daß er parteiell gehandelt und leichtfertig geurteilt habe. Ein schlimmerer Vorwurf sei kaum denkbar. Ein Beweis für die Behauptungen sei nicht erbracht worden, im Gegenteil — Judenack sei völlig integer (makellos) aus der Verhandlung hervorgegangen. Die Beleidigungen seien auch nicht in der Erregung verübt, sondern wiederholt und systematisch sei gegen den guten Ruf des Mannes vorgegangen worden. Auch der Vorwurf, die Polizeipeitsche sei blindlings geschwungen worden, sei schwer und durch nichts bewiesen. Es müsse daher eine ganz empfindliche Strafe verhängt werden, und wenn nicht auf Freiheitsstrafe und im Nichtbeitreibungsfalle nur auf Haftstrafe erkannt worden sei, so nur deshalb, weil die Angeklagten nicht im eigenen Interesse, sondern im vermeintlichen ihres Brotgebers gehandelt hätten. Das Gericht erkannte, während der An-kennant eine Geldstrafe von M 100 bezw. M 60 beantragt hatte, gegen Orlopp auf M 600 bezw. 40 Tage, gegen Dent auf M 100 bezw. 10 Tage Haft und Publikationsbefugnis für mehrere Zeitungen und Fachschriften.

**Auf der Arbeitssuche.** Der Jammer unserer älteren Kollegen tritt uns besonders traß vor Augen, wenn wir sie auf der Arbeitssuche antreffen. Dank der Organisationszerfplitterer ist gerade das Gebiet der Arbeitsvermittlung für den Konditor ein besonders zehes Feld der Leiden. Nur unsere Uneinigkeit konnte es dahin kommen lassen, daß die paar Groschen, die der Unternehmer heututage noch den Gehülfen verdienen läßt, entweder dem direkten oder dem indirekten Stellenwucher in den Hals geworfen werden müssen. Denn unsere Inzeratenplantagen sind im Grunde genommen auch nur zur Ausbeutung der Kollegen ins Leben gerufen worden und erfüllen diesen Zweck in vollendeter Weise. Aber nicht nur die große finanzielle Belastung für eine neue Stelle resultiert aus der Eigenbrödelei unserer Kollegen, sondern die Arbeitgeber machen sich diese Umstände natürlicher Weise wieder in ihrer Art zu Nutze. Gerade das Inzeratenwesen ermöglicht, daß jeder einzelne Meister sich aus aller Herren Länder immer die billigste und willigste Kraft heranziehen kann. Wenn die Kollegenschaft aller Orten mit Energie darauf hinarbeiten würde, den Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bekommen oder wenigstens paritätische Nach-

weise mit den Arbeitgebern sich erkämpfte, würde man den Inzeratenweg zu einem großen Teil vermeiden können, und würden dadurch die Schindlohnangebote eingeschränkt werden. Wie schlimm es da mit steht, dafür wollen wir wieder einmal einen kleinen Beweis bringen, einen Beweis, der allerdings leider nur ein ganz alltäglicher, ist und der Kollegenschaft bloß die traurige Wirklichkeit wieder einmal zeigen soll. Ein Kollege (Nachhilfe), Mitte der dreißiger Jahre, suchte im Jahre 1907 Stellung. Er erhielt auf seine Annoncen elf briefliche Angebote. Drei Angebote enthielten überhaupt kein Lohnangebot und sollte hier wahrscheinlich der Gehülfe auf Gnade und Ungnade die Stellung antreten, eines stellte „gutes“ Salär in Aussicht, eines vermaß auf „spätere“ Uebereinkunft, drei wollten Gehaltsansprüche des Gehülfen noch entgegennehmen und in einem Falle wurden M. 38 bis M. 35 pro Monat und in einem anderen M. 45 bis M. 50 und schließlich in einem Falle M. 60 bei freier Station geboten. Das war also das höchste, was man einem Menschen in diesem Alter bot. Aber dafür verlangte der Leipziger Bäckermeister, der dieses letzte höchste Angebot machte (auch das Angebot von M. 45 bis M. 50 stammte aus einer Bäckerei), obendrein einen Lebenslauf des Bewerbers eingefandt.

Wir behaupten, daß in einem solchen Umfange wie bei uns dieses System mit allen seinen Schönheiten und Folgen heute nur noch bei besseren Hausdienern, Hoteldienern usw. gang und gäbe ist. Aber auch diese Kategorie der Arbeiterschaft ist immerhin noch besser daran, da bei diesen neben geringen Löhnen meist noch Nebeneinnahmen in Frage kommen. Es ist wirklich eine Kunst, in unserem Gewerbe sein Fortkommen zu finden.

**Bildungsbestrebungen im Gewerbeverein.** Der Orts-gewerbeverein der Konditoren, Pfefferküchler usw. in Stegnitz veranstaltete am 5. März in seinem Vereinslokal Gasthof „Zum weißen Hirs“ einen Lumpenabend, zu welchem die Kollegen alle in Lumpenkleidung erschienen. Es waren drei Preise aus-gesetzt; den ersten Preis als größter Lump erhielt Kollege Fichte, den zweiten Kollege Meinel, den dritten Kollege Blümel. Es gab ein gemeinschaftliches Abendbrot, welches aus Butterbrot und Käse bestand und wozu ein echter schlesischer Korn getrunken wurde. Der Vorsitzende des Vereins, Kollege Brüdner, machte den Lumpen bekannt, daß sie etwas länger ausbleiben könnten als sonst, was auch befolgt wurde. Fräulein Weinert hatte ein Festlied zu dem Lumpenabend selbst gebichtet, welches von den Lumpen sehr stimmungsvoll gesungen wurde. Zum Schluß ließ sich die ganze Lumpengesellschaft photographieren. Dann tröckelten die Lumpen alle wieder in ihre Herberge mit dem Bewußtsein, wieder einen fabeln Abend in ihrem Verein verlebt zu haben. J. A.: Gustav Blümel, Schriftführer. (So zu lesen in der Trierer Konditorzeitung.)

### An die Chemiker Kollegen!

Jedem vorwärts strebenden Kollegen, ob organisiert oder nicht, müssen doch die seitens des Verbandsvorstandes in Nr. 18 unseres Organs angeführten Summen, die als Arbeitslosen-, Kranks-, Krankenunterstützung usw. ausgezahlt worden sind, einen starken und nachhaltigen Eindruck ausüben. Das sind wahrhaft goldene Zahlen! Muß doch ein jeder Leser wissen, was für Not und Entbehrung hierdurch von manchen Kollegen abgewendet worden ist. Allen denjenigen, welche immer mit der leeren Ausrede kommen: „Es nützt ja doch nichts, daß ich mich organisiere!“ möchte ich diese Zahlen zum Studium empfehlen.

Ist es nun nicht Aufgabe eines jeden Kollegen, mit allen Mitteln dahin zu streben, das Erungene auch festzuhalten und noch nach mehr Verbesserungen zu streben? Kann man doch aus dem Berichte der heftigen Gewerbeinspektion in selbiger Nummer ersehen, was für elende Zustände in den meisten Betrieben noch herrschen. Aber ein großer Teil der Kollegen will noch immer nicht begreifen, daß, wenn diese Mißstände und Uebelstände beseitigt werden sollten, eine gesunde und blühende Macht seitens der Kollegen dazu gehört — daß eine Verbesserung der Lebenslage der Kollegen nur durch die Organisation zu erreichen ist. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, für seine Organisation zu arbeiten.

Das Wachsen unserer Organisation, die steigende Macht unserer Ideen müssen doch selbst dem Ängstlichen ein Gefühl der vollkommenen Gewähr seiner Ansprüche einflößen. Es ist zwar die ganz unbestreitbare Erscheinung zu konstatieren, die an Wichtigkeit alles andere überragt, daß unsere Gewerkschaftsbewegung zunimmt an Zahl, an Geschlossenheit, an Klassenbewußtsein. Aber Kollegen! Deswegen sind wir bei weitem noch nicht bei dem Ziele angelangt, was wir erstreben, und da möchte ich besonders unseren Kollegen in Chemnitz aus Herz legen, daß sie sich überlegen möchten, daß ein großer Teil von uns Schuld daran ist, daß wir hier noch nicht weitergekommen sind und manches unter nichtsagenden Gründen wieder verloren gegangen ist, obgleich von seiten des Hauptvorstandes viel zur Hebung unserer Organisation getan wurde.

Deshalb, Kollegen! möchte jeder Tag, ja jede Stunde dazu benützt werden, um Aufklärung unter die lauen und interesselosen Kollegen zu bringen. Die jetzt ernstesten Zeiten geben allen Anlaß, die Gleichgültigkeit abzulegen und mitzuarbeiten, damit auch wir hier vorwärts schreiten. Nur durch geschlossenes und gemeinschaftliches Vorgehen können wir unserem Ziele näher.

Und du aderst und du jaßt  
Und du nickest und du nährst,  
Und du hämmerst und du spinnt,  
Sag', o Volk, was du gewinnst! E. R.

### Wischnowski kneift auch in Dresden.

Zu einem gewaltigen Protest gegen die Quertreibereien der Gelben gestaltete sich die am 14. April in Dresden abgehaltene öffentliche Versammlung. Der Saal war überfüllt, mehr als 800 Personen mochten anwesend sein. Als Referent über: „Zweck und Ziele des Bundes“ war Wischnowski, als Korreferent Kollege Rehmann vorgegangen. Mittels Einschreibebrief war W. zur Versammlung ein-

geladen, unter Zusage von vollster Redefreiheit und Bureauwahl. Damit W. nicht in Verlegenheit komme, wie in Thale, wo er das Rückfahrgehalt erst von den Kollegen in der Versammlung auf der Straße Marx- und Fünfundzwanzig-Fennigweise zusammenrechnen mußte, hatte die Dresdener Mitgliedschaft die Zurückvergütung sämtlicher Unkosten dem W. zugesichert. Statt seiner kam ein Brief, welcher wie folgt lautet:

Berlin, den 13. April 1908.

An den Vorstand des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen der Cafés, Zuckerverwaren und Schokoladenindustrie zu Dresden.

In Ihrem Schreiben vom 11. d. M. laden Sie mich ein, ein Referat in der von Ihnen einberufenen Versammlung zu halten.

Ich muß Ihnen offen sagen, daß ich nicht angenommen habe, daß Sie es wagen würden, eine Einladung an mich ergehen zu lassen, nachdem Ihre Verbandsmitglieder bei Gelegenheit der letzten Versammlung gezeigt haben, wie wenig sie gewillt sind in der Lage zu sein, eine offene, ruhige und sachliche Aussprache stattfinden zu lassen, wie sich das unter deutschen Männern geziemt.

Das Verhalten Ihrer Mitglieder, das Werfen mit Pfeifstücken in einer Versammlung unter Männern verbietet es mir schon von selbst, Ihrer Versammlung noch mal beizuwohnen; andernfalls bitte ich auch zu berücksichtigen, daß ich nicht in der Lage bin, so über meine Zeit zu verfügen, wie die besoldeten Beamten des Verbandes, ganz abgesehen davon, daß ich schon zum 15. d. M. Zusage nach dort gemacht habe.

Nachdem Sie jedenfalls bekanntgegeben, daß Sie mich eingeladen haben, setze ich voraus, daß Sie so loyal handeln, auch mündlich meine vorliegende Absage in der Versammlung bekanntgeben. Im anderen Falle müßte ich die Veröffentlichung in der Bundeszeitung bewirken.

Wenn Sie sagen, daß mir vortreffliche Gelegenheiten gegeben würde, in der von Ihnen einberufenen Versammlung Propaganda für den Bund zu machen, so erwiderne ich, daß es einer solchen Propaganda in den Verbandsversammlungen nicht bedarf. Die Bundesfrage wird schon genügend durch die Vorkommnisse im Verbandslager, einschließlich des wenig ehrenvollen Verlaufes der letzten gesprengten Versammlung, gefördert.

Achtungsvoll

Bund der deutschen Bäcker- und Konditorgesellen Deutschlands, Sitz Berlin.

Gustav Wischnowski.

Kollege Rehmann kam nunmehr auf die eigentlichen Bundesbestrebungen zu sprechen. Unter den von hervorragenden Männern gefällten Urteilen über die Gelben sei besonders das des Pastors Winter in Dresden erwähnt, welcher auf der im März stattgefundenen Hauptversammlung evangelischer Arbeitervereine jede Gemeinschaft mit den Gelben weit von sich wies, und zwar aus dem Grunde, weil sie (die Gelben) von den Arbeitgebern, künstlich großgezogen, finanziell abhängig sind.

Tatsächlich weise der Innungsjahresbericht Deuben für „Abelio“, Dresden (corporatives Mitglied der Gelben), unter Ausgabe M. 25 für diesen Verein auf, und der Jahresbericht der Dresdener Innung weise unter sonstigen Ausgaben (1906) Beiträge für Verein christlicher junger Männer usw. M. 487,57, 1907 dagegen M. 822,12 auf. Daß unter usw. auch „Gelbe“ dabei sind, ist ohne weiteres als erwiesen anzunehmen. Als der Referent es als eine wissenschaftliche Unwahrheit brandmarkte, wenn W. im Briefe und in den morgens verteilten gelben Flugblättern behauptete, in Meinholts Sälen hätten Verbandskollegen ihre Taschen voll Kohlen gefüllt und damit geworfen, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die zwei Duzend Gelben zogen darauf diese Behauptung zurück und bemerkten durch Zurufe, es wäre nicht dort, sondern in „Sans Säch“ (wo die aufgelöste Versammlung vom 9. April fortgesetzt werden sollte) vorgekommen. Auch dieses war eine Unwahrheit, wie sie faulstücker nicht ge-

achtet werden kann. Starker und allgemeiner Beifall bewies, daß die sachliche aber scharfe Kritik den Kollegen aus der Seele gesprochen war.

Ueber den Stand der Lohnbewegung brachte die Lohnkommission die auf die eingereichten Forderungen erfolgte Antwort des Innungsvorstandes zur Kenntnis. Der Innungsvorstand lehnt Verhandlungen mit der Kommission über die Forderungen ab; er will aber mit der „gesetzlichen Vertretung“, dem Gesellenauschuss, verhandeln.

Es wird, um möglichst in Frieden zu dem erwünschten Ziele zu gelangen, auch darauf eingegangen, da es lediglich eine Formsache ist, und nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die heute, am 14. April, tagende öffentliche Bäcker-Versammlung nimmt von der ablehnenden Antwort des Innungsvorstandes Kenntnis. Da der Dresdener Gesellenauschuss aber daran gelegen ist, die Differenzen auf friedliche Weise beizulegen und sie auch annimmt, daß bei einigermaßen Entgegenkommen der Meisterschaft bezw. Innungsvorstandes sehr wohl eine Verständigung zu erzielen ist, beauftragt die Versammlung die Verbandsvertreter im Gesellenauschuss, sofort Schritte einzuleiten, um mit dem Innungsvorstand Verhandlungen über einen abzuschließenden Tarifvertrag anzubahnen.“

Die Versammlung hält aber unbedingt daran fest, daß, falls es zu Verhandlungen mit dem Gesellenauschuss kommt, Vertreter der in der öffentlichen Versammlung vom 21. April gewählten Lohnkommission zu diesen Verhandlungen zugezogen werden.

### Berichte aus den Mitgliedschaften.

**Bielefeld.** Die Versammlung am 14. April war sehr schlecht besucht; sogar der Vorsitzende mit seinen Vorstandsmitgliedern hielt es, mit Ausnahme des Kassierers und Schriftführers, nicht für nötig, zu erscheinen. Soviel sollte man doch von den Mitgliedern erwarten dürfen, daß sie einmal im Monat zur Versammlung erscheinen würden. In der Versammlung gab Kollege Sadenwasser den Quartalsbericht, aus dem sich ein weiteres Wachstum der Organisation ergab. Aus der Tätigkeit heben wir folgendes hervor: Im Bezirk fanden 65 Versammlungen statt. An 47 Tagen wurde Hausagitation in Herford und Bielefeld veranstaltet. 4 Verhandlungen fanden mit Arbeitgebern wegen Wabregelung statt, und in einem Bielefelder Betrieb mußten Lohnforderungen gestellt werden. An Flugblättern wurden 3300 verteilt. In Herford beschäftigten sich die Mitglieder seit Dezember mit der Krankenkassenfrage, die brennend geworden ist und fanden hierzu 3 große öffentliche Mitglieder- und 20 Betriebsversammlungen statt. Es gelang, unsere Anträge bei der am 11. April stattgefundenen Generalversammlung der Ortskrankenkasse durchzuführen. Der wichtigste Antrag, „Wahl von Vertretern für die Ortskrankenkasse“ wurde einstimmig angenommen. Bei der Wahl siegte unsere Liste mit großer Majorität. Kollegen! Hieran setzt Ihr die Früchte fleißiger Arbeit; und wenn in Bielefeld noch nicht weitere Fortschritte zu verzeichnen sind, so liegt es allein an den Kollegen selbst. Treibt Hausagitation! Keiner darf sich dieser Arbeit entziehen. Auf zur Arbeit!

**Dortmund.** Am 9. April tagte hier eine öffentliche Versammlung, die von Mitgliedern gut, aber von den Kollegen, die der Organisation noch fern stehen, nur mäßig besucht war. Auf der Tagesordnung stand: „Wie sieht es mit dem Selbständigwerden!“ Kollege Almann referierte und in der folgenden Diskussion nahm Kollege Neuser das Lehrlingswesen unter die Linse und Kollege Jonas schilderte die hierigen Verhältnisse. Almann appellierte im Schlußwort an die Mitglieder, fleißig zu agitieren, da unsere Zukunft nur im Deutschen Bäcker- und Konditorenverband liegt. Kollmaier schloß mit einem Hoch auf den Verband.

**Anmerkung des Schriftführers.** Kollegen! Besucht fleißiger die Versammlungen und seid unermüdet in der Kleinagitation. Es wird Zeit, daß wir hier in unserem Berufe auch geordnete Verhältnisse schaffen!

**Hamburg. (Konditoren, Sektion Fabrikbranche.)** Öffentliche Versammlung am 15. April. Gauleiter Heschold-Berlin sprach über das Thema: „Ausbeutete und Ausbeuter“ und führte aus, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schokoladen- und Zuckerverwarenindustrie im allgemeinen die traurigsten von sämtlichen anderen Berufen sind. In der Diskussion stellte Weidler fest, daß in Hamburg die Lohnverhältnisse ebenso miserabel liegen wie in allen anderen Orten und noch Löhne von M. 18 für Gelehrte, M. 15—16 für Hilfsarbeiter und M. 8—10 für Mädchen gezahlt werden. Ferner besteht hier in den meisten Betrieben ein ausgeprägtes Strafsystem und es sind Fälle zu verzeichnen, wo den Kollegen und Kolleginnen bis M. 6 pro Woche von ihrem fargen Lohn abgezogen wurden. Des weiteren beschäftigte man sich mit der Firma Hauke & Sohn, Altona. Die dort beschäftigten Meister haben einen sogenannten Klimbimverein gegründet, dessen Zweck ist, die dort Beschäftigten von der Organisation fernzuhalten. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende Lehmann die Anwesenden auf, sich recht zahlreich an der Maifeier zu beteiligen.

**Königsberg.** Am 8. April fand bei Pohlmann eine öffentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Sind die Königsberger Kollegen reif dazu in diesem Sommer eine Lohnbewegung durchzuführen? 2. Das Ergebnis des gegen die Gesellenauschusswahl eingeleiteten Protestes. Referenten waren die Kollegen Nachtrag und Drost. Den Kollegen wurde wieder das Gland der Königsberger Bäckergezellen beleuchtet; z. B. die mangelnde Kontrolle in Bäckereien; die schändliche Ueberschreitung des Magistralarbeitstages; das Kost- und Logiswesen, welches alles zu wünschen übrig läßt und unser Selbstruin ist; sowie die aufreibende Nacharbeit. Die übertriebene Lehrlingszüchterei hier am Orte wurde gleichfalls nachgemischt und ihre Vereitigung gefordert. Die Referenten ermahnten, mit aller Energie gegen diese miserablen Verhältnisse zu kämpfen und sich dem Verbands anzuschließen; nur dann sei es möglich, in einen Lohnkampf zu treten. Kollege Drost teilte weiter mit, daß der eingeleitete Protest gegen die Gesellenauschusswahl bisher nichts Näheres ergeben hat. Einige Selbstnabelführer haben dem Magistrat Schwindelbeilen aufgebunden und sie hoffen dadurch in Gemeinschaft mit dem Obermeister die wichtige Angelegenheit, welche für alle Königsberger Kollegen von dem größten Interesse ist, aus der Welt zu schaffen. Aber die Herren werden sich wohl irren! Und bald wird die Zeit kommen, wo wir allen Feinden zum Trotz den Gesellenauschuss doch in Händen haben und es ist dann ausgeschlossen, das sich dieselbe zu Judasdiensten gegen die eigenen Kollegen verwenden läßt! Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**Weißwasser.** Die öffentliche Bäckergezellenversammlung am 12. April war sehr gut besucht. Bezirksleiter Ziegler referierte über: 1. Der Lehrlingsfrage der Bäckermeister, ein Schaden für den Beruf? 2. Wo finden wir Hilfe zur Verbesserung unserer Lage? Der Referent schilderte eingehend seiner Ausführungen die Maschinen, welche die Bäckermeister in Szene setzen, um einen Lehrling zu bekommen, und gerade hier in Schlesien scheuen dieselben kein Mittel, um einen solchen armen Jungen in ihre sauberen Finger zu bekommen, um ihn dann drei Jahre ausbeuten zu können. Weiter schilderte er den Schaden, den durch die Lehrlingszüchterei die Gesellen leiden müssen; wurden doch in einer Provinzzeitung neben 27 Bäckerlehrlingen nur 2 Gesellen gesucht. Die klaren Ausführungen wurden mit gespannter Aufmerksamkeit und großem Beifall aufgenommen. Zum zweiten Punkt erklärte der Referent den Kollegen, daß wir nur durch starke Organisation unsere Lage verbessern können, und forderte die Anwesenden auf, sämtlich dem Verband beizutreten. Mehrere neue Kämpfer schlossen sich dem Verband an. An der Diskussion beteiligten sich zwei Kollegen. Jetzt sind, außer hier, sämtliche Gesellen organisiert.

### Bäckerei-Mißstände.

**Musterbäckerei in der Residenz Königsberg!** Wie uns mitgeteilt wird, verdient der Inhaber der Bäckerei Schellat auf dem Haberberg für die moderne Einrichtung seines Betriebes die goldene Medaille. Meister Schellat muß ein sehr mitleidiger Mensch sein, wenigstens in bezug auf das Viehzeug. Er hat die Fühner in der Wackstube einquartiert. Daß es da

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im Jahre 1848.

III.

Als die Regierungen die Gegenrevolution immer energischer betrieben und die März-Erregungenschaften in den Staub traten, wurden die Arbeiter in revolutionären Tönen aufgefordert, sich um die rote Fahne zu scharen und die Regierungen und die Reichen schonungslos zu bekämpfen. Aber nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten bewiesen die Männer der „Verbrüderung“ ihren Mut; Born selbst ging nach Dresden, nahm Anteil an der Märzrevolution und wurde sogar zum Oberkommandanten des Insurgentenkörpers erwählt; Kapellmeister Richard Wagner, der später so berühmt gewordene Dichterkomponist, war sein Adjutant.

Nach Borns Ausscheiden aus der Redaktion der „Verbrüderung“ wurde die Zeitung von dem Geometer Schwenniger, einem anderen Mitgliede des Zentralkomitees, geleitet, hatte aber wegen der immer mehr erstarkenden Reaktion einen schweren Stand, während der durch sie vertretene Verein selbst noch von Tag zu Tag zunahm. Es begann nämlich gerade um diese Zeit eine Arbeiteragitation in Nordwestdeutschland, das sich bisher sehr zurückhaltend gezeigt hatte; auf dem vom 20. bis 21. Oktober 1849 in Hannover tagenden Arbeiterkongress wurde eine „Norddeutsche Arbeitervereinigung“ gegründet, die sich später auch der „Arbeiter-Verbrüderung“ anschloß. Auf dem vom 20. bis 26. Februar 1850 zu Leipzig abgehaltenen Kongress wurde mitgeteilt, daß letzterer nunmehr 250 Arbeitervereine umfasse; es wurden Statuten entworfen, worin mit aller Entschiedenheit gefordert wurde, daß sich die einzelnen Vereine auf sachgewerbliche Grundlagen aufbauen sollten. Die Lokalvereine hatten die Verpflichtung, die Uebelstände der verschiedenen Arbeiten und die Wünsche der Arbeiter zu erforschen und auf Abhilfe zu sinnen; ferner sollten sie lokale Arbeitsnachweise, Kranken-, Sterbe- und Invalidenkassen gründen, schließlich auch durch Vorträge, Bibliothek usw. Kenntnis und Bildung unter den Arbeitern verbreiten. Der Verband regelte ferner das Wanderunterstützungswesen nach einheitlichen Grundsätzen und empfahl endlich die Gründung von Konsum- und Produktgenossenschaften.

Auf Staatshilfe hatte man bereits verzichtet gelernt, da bei der damaligen Sachlage an eine solche nicht mehr zu denken war; es war nämlich bereits in Preußen und anderen Staaten das allgemeine gleiche Wahlrecht, das die Angst den Fürsten abgepreßt hatte, in die Kumpelkammer geworfen worden, und die entseffelte Bestie Reaktion feierte ihre Orgien. In den Motiven zu den Verbandsstatuten heißt es ausdrücklich, man habe zwar noch vor 18 Monaten große Hoffnungen auf die Arbeiten der verschiedenen Nationalversammlungen gesetzt und darum Forderungen an den Staat gestellt, seitdem aber hätten sich alle Erwartungen auf Hilfe von dieser Seite als trügerisch erwiesen.

Die praktischen Versuche der Arbeiter auf Gründung von Genossenschaften kamen nicht über die ersten Anfänge hinaus, was nicht verwunderlich erscheinen kann, wenn man die schwachen finanziellen Hilfsmittel auf der einen und die schädigenden Machinationen der Regierung auf der anderen Seite ins Auge faßt. Immerhin finden wir in dieser Hinsicht ganz beachtenswerte Keime, so u. a. je eine Genossenschaft zur Herstellung von Hemden, Strümpfen, Brot und — Gewehren in Berlin, welche letztere durch ein augenfälliges Inserat den Arbeitern „alle Arten Büchsen, Jagdflinten und Hirschfänger zu billigen Preisen und prompt“ zu liefern versprach; ferner in Leipzig eine Schuhmacher- und Schneider-, in Rastach eine Weberassoziation usw. Das einzige Unternehmen, das praktische Erfolge zeitigte, war der von den Berliner Mitgliedern der „Arbeiter-Verbrüderung“ gegründete „Gesundheitspflegeverein“, der den Zweck verfolgte, durch gemeinschaftliche Beschaffung von ärztlicher und wundärztlicher Hilfe, von Medizin, Bädern usw. seinen Mitgliedern die Vorteile eines Engrosbetriebes zuteil werden zu lassen und gleichsam als Ergänzung der Krankenkassen zu dienen. Der Verein trat am 1. Mai 1848 mit 327 Mitgliedern ins Leben und setzte sich aus den fünf Genossenschaften der Maler, Instrumentenmacher, Vergolder, Goldarbeiter und Uhrmacher zusammen; im Juni schlossen sich die Rattunbruder, Dachbeder, Posamentiere usw. an, so daß er am 1. Juli bereits 3440 Mitglieder zählte. Die Zahl der Mitglieder wuchs bald auf über 10 000, worunter sich auch einige Arbeiterinnen be-

fanden; kein Wunder, da die Vorteile, die der Verein seinen Mitgliedern bot, für damalige Verhältnisse ganz bedeutende waren. Trotz mannigfacher Anfeindungen nahm der „Gesundheitspflegeverein“ an Ausbreitung zu, bis im März 1853 die blindwütende Reaktion auch diesem wohlthätigen Unternehmen das Lebenslicht ausblies; der Berliner Polizeipräsident Sinteldeh löste den Verein wegen seiner verbrecherischen Tendenzen auf, wobei der berüchtigte Polizeispizel Stieber die Rolle des Denunzianten und Kronzeugen gespielt hatte.

Der Arbeiterverband war schon längst den Regierungen ein Dorn im Auge gewesen; die Arbeiter hatten tatkräftigen Anteil an der Revolution von 1848 genommen und ihre Erregungenschaften Schulter an Schulter mit der radikalen Demokratie gegen die Sturmflut der Reaktion verteidigt; es war also kein Wunder, daß die reaktionslüsternen Nachtvögel, denen die Krallen allgemach wieder mußten, ihren Vexer an den Arbeitervereinen ausließen. Es begann jetzt ein rücksichtsloser und unerhütterlicher Feldzug gegen jedes Lebenszeichen der Arbeitervereine. Bayern und Sachsen eröffneten den Feldzug, indem sie anfangs des Jahres 1850 den Arbeiterbund für ihr Gebiet verboten und die einzelnen Vereine auflösten. Preußen griff zwar langsam, aber sicher ein; zunächst wurde am 11. März 1850 eine Verfügung zur „Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungsrechts“ erlassen, wodurch die Verbindung politischer Vereine untereinander verboten wurde. Darauf erklärte man die bestehenden sachgewerblichen Arbeitervereine für politische und löste sie einen nach dem anderen auf.

Vergeblich hatte das „Zentralkomitee der Arbeiter-Verbrüderung“ in Leipzig von dem heranahenden Sturm die Segel eingezogen und sich in eine harmlose „Geschäftsstelle“ verwandelt. Zunächst wurde es gezwungen, das publizistische Organ des Verbandes, die „Verbrüderung“, am 1. Juli 1850 eingehen zu lassen. Als Ersatz dafür gaben einige Mitglieder des Komitees, Gangloff, Schwenniger u. a., eine neue Zeitung, „Prometheus“, heraus, um die Verbindung unter den deutschen Arbeitern rege zu erhalten. Schon vier Wochen später wurde

freilich nicht ohne Schmutzerei abgeht, ist bezweifellich. Aber kann man das ändern? Die Hüfner können doch nichts dafür, wenn sie auf der Deute oder auf der Ware etwas von ihrem Leiblichen verlieren und liegen lassen.

Weiter ist für den Gesellen ein Kasten (soll aber ein Bett vorstellen) zum Schlafen da, die Bettwäsche besteht aus einem Strohsack mit Mehlsäcken bedeckt, der Schlafraum befindet sich neben der Wackelstube, somit zieht der Dampf aus der Wackelstube nach der Schlafstube, wovon das angeblühte Bett durchnäht wird und der Geselle es meist vorzieht, auf dem Wackelstube seine müden Glieder durch einen erquickenden Schlaf zu stärken.

Ferner könnte die Mischulastische Wackerei auf dem Mitteltongheim, dem sogenannten Gebeinratsviertel, einmal von der Behörde in Augenschein genommen werden. Dasselbst ist ein Klotzetrohr defekt geworden; unter demselben befindet sich der Längskanal, wo der feine Blätterteig verarbeitet wird. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß die gelbe Flüssigkeit aus dem Klotzetrohr auch einmal auf den Tisch träufeln könnte, hat man sicherheits halber ein Blech untergelegt. Aber sollte das auf alle Fälle genügen? Wenn das Rohr nun vollends bricht? Auch wollen wir hoffen, daß dieses Schugblech nicht wieder zum Wackel genommen wird!!!

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42). Sitz Dresden.

### Protokollauszüge der Sitzungen

vom 16. Januar, 1. und 15. Februar, 1. und 16. März und 3. April 1908.

Beitrittserklärungen erfolgten nach § 2 in diesem Quartal insgesamt 399, und zwar Eintritte 267, Uebertritte 124, Wiederintritte 8, Ausschlüsse nach § 4 322, nach § 4 2 b 6, nach § 4 3 b 2, Austritte 57.

Ueberweisung nach § 7 Z. 15 54 Mitglieder. Bestrafungen nach § 9 in 57 Fällen mit einer Gesamtsumme von M. 150,45.

**Baut-Wilhelmshaven.** Kenntnisnahme der Errichtung einer Verwaltungsstelle am 1. Februar. Laut Wahlprotokoll und Einfindung der Kaution des Bevollmächtigten werden bestätigt:

- Buchn. 6210 Peter Laemers, Bevollmächtigter, Bant, Neue Wilhelmshavenstr. 71, 2. St.  
" 14029 Johann Schipper, Stellvertreter.  
" 14008 Hieronymus Dallinger, Schriftführer.  
" 14016 Gerh. Viekels, Stellvertreter.  
" 14014 August Frerichs  
" 6290 Wihl. Schäfer } Revisoren.  
" 14028 August Weitemeyer }

**Halberstadt.** Desgl. ab 16 April. Es werden bestätigt: Buchn. 6196 Karl Schulze, Bevollmächtigter, Konsumverein für Halberstadt.

- " 6141 Paul Hoffmann, Stellvertreter.  
" 14004 Ludwig Henke, Schriftführer.  
" 6195 Hermann Peyer, Stellvertreter.  
" 6131 Paul Wiemann  
" 6217 Gustav Gärtner } Revisoren.  
" 6141 August Schmidt }

**Breslau.** Kenntnisnahme des Schreibens der dortigen Kollegen, wonach die Errichtung einer Innungskrankenkasse bevorsteht.

Der Vorstand beschließt die Entsendung des Vorsitzenden nach Bekanntmachung des Inkrafttretens derselben zwecks Versammlung und Errichtung einer örtlichen Verwaltungsstelle.

**Worms.** Desgl. des Agenten Dittiger (früher Bäcker) um Zuwendung von Material zwecks Errichtung einer Verwaltungsstelle; dies wird abgelehnt. Dafür wird er beauftragt, unter Einziehung des Kollegen Strobel-Mannheim eine Versammlung einzuberufen.

**Berlin.** Kenntnisnahme der Einladung zum Krankenkassentag am 11. und 12. Mai. Zur Vertretung der Interessen unserer Klasse wird der Vorsitzende beauftragt.

**Im Unterfütungsfall Supli gegen Steinfurt werden die aufgewendeten Auslagen von M. 42,62 zurückgefordert.**

**Eberfeld.** Der Vorstand beschließt, dem ehemaligen Bevollmächtigten Götte die Kaution auszulassen.

**Frankfurt.** Kenntnisnahme der Verträge mit dem Zahnärzterverband für freie Arztwahl daselbst und dem ärztlichen Bezirksverein Aschaffenburg.

**Zentralstelle.** Kenntnisnahme des vom Kassenausschusse geprüften und für richtig befundenen Jahresberichts, nach welchem folgender Befund konstatiert wird:

Kassenbestand am 1. Januar 1907..... M.	4790,39
Einnahme.....	100775,57
Summa..... M.	105565,96
Ausgabe.....	97014,81
Kassenbestand am 31. Dezember 1907... M.	8551,15

### Vermögensausweis.

Barbestände..... M.	8551,15
Wertpapiere und Bankeinlage.....	46212,97
Summa..... M.	54764,12
Kursverluste.....	141,90
Vermögensbestand am 31. Dezember 1907 M.	54522,22

### Der Vorstand.

J. A.: May Paul, Schriftführer.

## Genossenschaftliches.

**Unseren Genossenschaftstarif** hat außer den bis jetzt bekannt gegebenen Vereinen noch anerkannt Konsumverein Selbsthilfe in Suhl. Das sind nun insgesamt 92 tariffreie Vereine, welche zusammen 76 Badmeister und 1214 Bäcker beschäftigen. Demgegenüber haben den Tarif noch nicht anerkannt 114 Vereine mit 594 Badmeistern und Bäckern. (Durch Neueinstellungen von Arbeitskräften hat sich die Zahl der in tariffreien Vereinen beschäftigten Bäcker seit dem 1. Januar 1908 um 97 vermehrt). Von den insgesamt in den Konsumbäckereien beschäftigten 1884 Badmeistern und Bäckern gehören 1562 unserem Verbands als Mitglieder an gegen 1434 am Beginn dieses Jahres. Der Verband gewinnt also immer mehr die Kollegen in diesen Betrieben als Mitglieder. Von diesen 1562 Verbandsmitgliedern arbeiteten 1213 in tariffreien Betrieben, während 349 Mitglieder in Betrieben arbeiten, welche den Tarif noch nicht anerkannt haben.

**Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine** hielt am 2. April 1908 in Hamburg, Besenbinderhof, eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand der Gegenstand: Anträge aus den Vereinen. Es wurde zunächst generell entschieden, daß nach dem mit dem Verbands der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands abgeschlossenen Tarif eine etwa geleistete siebente Schicht nicht in die regelmäßige Arbeitszeit falle. Nach Punkt 1 Absatz 2 des Tarifes sind wöchentlich nur sechs Arbeitsschichten zu leisten. Alle Arbeiten außerhalb der sechs Schichten sind nach Punkt 4 des Tarifes mit dem festgesetzten Stundenlohn für Ueberstunden besonders zu bezahlen. Ferner wurde entschieden, daß die an den Wochenfeiertagen zu leistende Arbeitsschicht nicht, sofern innerhalb der betreffenden Woche nur sechs Schichten gearbeitet worden sind, als Ueberstunden zu bezahlen ist. Als Wochenfeiertage gelten auch die zweiten Feiertage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Die Forderung, nach geleisteten fünf Schichten einer Woche die auf einen Wochenfeiertag gefallene sechste Schicht nach dem Ueberstundensatz bezahlt zu haben, ist nach dem Tarif nicht berechtigt.

Ferner wurde beschlossen, den Ortszuschlag für Belten auf 10 pZt. und für Mannheim auf 20 pZt. festzusetzen. Begründung: gegenseitige Vereinbarung der Beteiligten. Der Antrag, den Ortszuschlag für Dresden von 17½ auf 25 pZt. zu erhöhen, wurde abgelehnt, die Beschlusfassung über den Antrag, für Dortmund den Ortszuschlag von 12½ auf 25 pZt.

zu erhöhen, vertagt. Die Entscheidung über diese und die weiteren weniger erheblichen Anträge ist den Beteiligten schriftlich mitgeteilt worden.

**Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.** Der genossenschaftl. Vorsitzende: Der gewerkschaftl. Vorsitzende: A. von Elm. S. Dreher.

**Anmerkung:** Nach dieser Entscheidung des Tarifamtes haben also unsere Kollegen in allen tariffreien Betrieben, mit Ausnahme der Oster-, Pfingst- und Weihnachtswoche, pro Woche sechs Arbeitsschichten zu leisten. Wenn sie im Nothfalle mehr als diese sechs Schichten zu arbeiten haben (Ueberstunden), so wird diese Arbeit mit Ueberstundenlohn, wie er im Tarif festgesetzt ist, bezahlt. Auch wenn im Nothfalle eine siebte Schicht von einzelnen Kollegen geleistet werden muß (im Falle, daß kein Ausbesserer zu bekommen ist), wird diese siebte Schicht mit Ueberstundenlohn bezahlt.

Dagegen wird für die Arbeit an Wochenfeiertagen (Neujahr, Karfreitag, Himmelfahrt, Bußtag und andere bürgerliche Feiertage) nichts besonders vergütet, wenn in diesen Wochen einschließlich der Schicht am Wochenfeiertag, nur sechs Schichten gearbeitet wird.

Eine Ausnahme bilden die Wochen mit dem Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfest. In diesen drei Festen muß nach dem Tarif der Betrieb einen vollen Tag vollständig ruhen. Daneben haben aber die Kollegen noch in der Woche ihren freien Tag zu verlangen, also in diesen drei Wochen je nur fünf Schichten zu arbeiten. Wer am zweiten Feiertag dieser Feste arbeiten muß, hat auch kein Recht, für diese Arbeit eine besondere Vergütung zu verlangen, wenn er nicht mehr als fünf Schichten in diesen Wochen arbeiten muß.

Bezahlung von Ueberstunden und Ueberlichkeiten mit Ueberstundenlohn tritt erst ein, wenn Kollegen in tariffreien Betrieben in den Oster-, Pfingst- und Weihnachtswochen mehr als fünf Schichten der regelmäßigen Arbeitszeit, in allen übrigen Wochen mehr als sechs Schichten der regelmäßigen Arbeitszeit zu leisten haben.

Bei der Arbeit an Wochenfeiertagen sind die Bestimmungen des Sonntagsruhegesetzes zu beachten, nach welchen in den meisten Städten in der Zeit zwischen morgens 8 Uhr und mittags 2 Uhr nicht gearbeitet werden darf, wenn nicht von der unteren Verwaltungsbehörde besondere Erlaubnis zum Arbeiten in dieser Zeit gegeben ist.

**Der Verbandsvorstand.** D. Allmann, Vorsitzender.

**Aus Württemberg.** In unserem Jahrbuch, Seite 16, wird von den kleinen Genossenschaftsbäckereien berichtet, daß die darin beschäftigten Kollegen noch zu denjenigen gehören, die der Organisation fernstehen. Das trifft für Württemberg nicht ganz zu, denn unter den 14 Konsumbäckereien sind hier nur zwei, welche unorganisierte Gehilfen beschäftigen. Das ist Gmünd und Ulm. In den zwölf anderen dagegen sind sämtliche Kollegen ohne Ausnahme Mitglieder unseres Verbandes. Gmünd und Ulm gehören nicht zu den kleinen Vereinen, sondern vielmehr zu den größeren. Die Ursachen, weshalb die dort beschäftigten Kollegen nicht im Verband sind, sollen hier nicht näher untersucht werden, an der Aufklärung unsererseits hat es wahrlich nicht gefehlt. Daß diese Leute gerade die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzuweisen hätten, trifft auch nicht zu; nötig hätten sie die Organisation auf alle Fälle. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind im allgemeinen gut. An der Spitze steht in dieser Beziehung Stuttgart. Hier wird bei neunehalbständiger Arbeitszeit ein Anfangslohn von M. 27 pro Woche mit einer jährlichen Steigerung bis zu der Höchstgrenze von M. 33 pro Woche bezahlt. Gannstatt dagegen zahlt nur M. 24 bei elfständiger Arbeitszeit. Günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen existieren auch in Göttingen, Göttingen, Ruffenhäuser, Schweningen, Ludwigsburg, Lorch, Alten und in Schramberg. Am schlechtesten sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Tuttlingen und Neutlingen. In Tuttlingen wird bei zwölfständiger Arbeitszeit (7 Schichten) ein Wochenlohn von M. 20 nebst Wohnung und Kaffee bezahlt. In Neutlingen dagegen sieht es noch schlimmer aus. Dort werden einem zwanzigjährigen Kollegen M. 17 Wochenlohn bezahlt; ein älterer Kollege erhält M. 21 und der erste Arbeiter M. 24 pro Woche. Die Arbeitszeit beträgt eher

Schwenniger wegen Verdachts der Teilnahme an revolutionären Umtrieben verhaftet, ein halbes Jahr gefangen gehalten und darauf, als man ihm nichts Strafbares nachweisen konnte, aus Sachsen ausgewiesen; den zweiten Redakteur, Gangloff, nahm man gleichfalls in Haft und verurteilte ihn nach mehr als einjähriger Unterjochung, wegen Vorbereitung des Verbrechens des Hochverrats, zu vier Jahren Zuchthaus. So mußte denn auch der „Prometheus“, der ohnehin mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, sein Erscheinen einstellen.

Da die nordwestdeutschen Regierungen einstweilen die Arbeitervereine in ihren Gebieten noch ungestört ließen, wurde anfangs 1851 die Geschäftsstelle der „Arbeiter-Verbrüderung“ nach Hannover verlegt, wo der dortige Arbeiterführer, Tischlergeselle Stechan, die Leitung übernahm und ein neues Organ, die „Deutsche Arbeiterhalle“ herausgab; diese wollte, wie es in dem Einleitungsartikeln heißt, „den Arbeitern und Besizlosen, die unter dem Druck des Kapitals, der Vorrechte und Privilegien leiden, Gelegenheit geben, sich über ihre Lage auszusprechen“. Sie will für die Unabhängigkeit der Arbeiter kämpfen und Vorschläge zur Einführung der Assoziationen bringen; sie will die Mißbräuche der Zunft beleuchten und einer vernünftigen, freien Entwicklung aller Arbeitskräfte nachstreben. Die Bildung und Hebung der arbeitenden Massen wird sie nach Kräften zu fördern suchen und Nachrichten über Arbeiterverhältnisse aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands bringen. Trotz dieses sachlichen, durchaus unpolitischen Programms blieben die polizeilichen und gerichtlichen Schikanen nicht aus; am 11. Juli 1851 wurde Stechan, der in die Unterjochung gegen den Kommunistenbund verwickelt worden war, verhaftet und ins Gefängnis geworfen; es gelang ihm jedoch, zu entkommen, und er floh nach London, wo er sich als Tischlergeselle sein Brot erwarb. Die ihres Redakteurs beraubte „Arbeiterhalle“ ging ein; sie war das letzte Organ der „Arbeiter-Verbrüderung“. Gleichzeitig schritt die hannoversche Polizei auch gegen die „Norddeutsche Arbeitervereinerung“, das einzige Ueberbleibsel des großen deutschen Arbeiterbundes, ein, hielt bei der Geschäftsstelle Hausdurchsuchung ab und belegte die Papiere mit Beschlag; da

sich aber nichts Belastendes vorfand, wurden die Vereine unbehelligt gelassen.

Doch es war nur eine Galgenfrist, lange sollte es nicht mehr währen und auch ihnen wurde ein jähes Ende bereitet. Preußen und Oesterreich, die Schuggeister der Reaktion, begnügten sich nicht damit, in ihren eigenen Staaten die gewerkschaftlichen Arbeitervereine zu unterdrücken, sondern dehnten ihre „zarte Fürsorge“ auch auf die anderen deutschen Staaten aus. Am 14. April 1853 beantragten die Gesandten dieser beiden Mächte, Bismarck und Prokeß-Osten, beim Bundestage in ruhrender Seelenharmonie, dessen ständiger politischer Ausschuss solle Maßregeln vorschlagen, die im Interesse der gemeinsamen Sicherheit gegen die Arbeitervereine zu ergreifen seien. In der Begründung dieses Antrages hieß es: „Von den verschiedenen Bundesregierungen sei bereits auf die Gefahren hingewiesen worden, mit denen die öffentliche Sicherheit durch die Wirksamkeit der über einen großen Teil von Deutschland verbreiteten Arbeitervereine bedroht werde; es müßte deshalb zunächst die Frage erörtert werden, auf welche Weise der verderbliche Einfluß, den jene Vereine namentlich auf den Handwerkerstand ausübten, lahmzulegen sei; da nur durch ein gemeinsames Vorgehen aller Bundesregierungen ein Erfolg sich erwarten ließe, so müßten Beschlüsse gefaßt werden, um einerseits Vereine von revolutionärem Charakter zu unterdrücken und um andererseits das Bestehen solcher Vereine, die nützliche Zwecke verfolgten, nicht zu erschweren.“ Das Resultat dieses Antrages war der Bundesbeschluss vom 13. Juli 1854 über die politischen und Arbeitervereine, dessen achter Paragraph sämtliche Bundesregierungen im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichtete, die in ihren Gebieten noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, die politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten. Durch dieses Schandgesetz, ein Vorläufer des späteren Sozialistengesetzes, wurden denn auch sämtliche Arbeitervereine gewerkschaftlicher Art erdrückt.

So waren denn bis auf weiteres die Hoffnungen, die der Völkerrückfall des Jahres 1848 in den Herzen der deutschen Arbeiter geweckt hatte, zu nichte geworden; die

Reaktion hatte die Emanzipationsbestrebungen des erwachenden Proletariats mit brutaler Hand im Keime erstickt; ein dumpfer, erstickender Nebel lag wieder über den deutschen Gauen, und der mit Blut gedüngte Acker war zu einem Freiheitsgrabe geworden, auf dem die Schweißfliegen der Reaktion ihre Orgien feierten. Aber wie lange noch, dann rechte der diese Proletariat seine Glieder und stellte sich trotzig und selbstbewußt wieder auf die Füße; und dräuend wies er den Junkern und Kapitalisten seine schwieligen Fäuste und, im fortwährenden Kampfe erstickt, steht er nunmehr da hoffnungsfroh und zukunftsreudig.

Und was die damaligen Maßnahmen der Regierungen anbetrifft — sie waren nicht nur ein Verbrechen an der Freiheit der Arbeiter, sie waren mehr als das, eine bodenlose Dummheit. Es war ein Verbrechen, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, sich zusammenzuscharen gegen die schamlose, schrankenlose Ausbeutung der Kapitalistenklasse; es war aber auch eine Dummheit, durch die Aufhebung der Gewerkschaften den einzigen Damm einzuräumen, der die Gesellschaft vor der kapitalistischen Sturmflut hätte schützen können. Und wenn es nicht minder ein Verbrechen war, die Arbeiter rechtlos zu machen und zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren, so war es eine Dummheit, aus den Köpfen der denkenden Arbeiter das Vertrauen zur Regierung für ewige Zeiten zu vertreiben. Seit jener Zeit wohnt in dem deutschen Proletariat ein unausrottbares Mißtrauen gegen alles, was von oben kommt; und eine regierungsfreundliche Arbeiterbewegung wird immer ein totgeborenes Kind bleiben, mögen auch Nationalsoziale und Christlichsoziale in Engelszungen zum Volke reden. Ein gebranntes Kind scheut das Feuer, und das Proletariat, das die Bewegung von 1848 und die sich daran anschließenden Vorgänge kennt, hat wahrlich keine Ursache mehr, den gleichnerischen, arbeiterfreundlichen Worten eines beliebigen Regierungsvorsetzers auch nur ein Jota zu glauben.

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das ureigenste Werk der Arbeiterklasse selbst sein — das ist die Folgerung, die wir aus der brutalen Rücksichtslosigkeit der Regierung und aus der jämmerlichen Feigheit der deutschen Bourgeoisie des Jahres 1848 ziehen.

mehr als 12 Stunden pro Tag. Die Überstunden werden nur ungern bezahlt. Die oben angegebenen Löhne verstehen sich ohne Wohnung oder sonstige Vergütung. Tatsächlich steht sich ein Kollege mit M. 9 bis M. 10 pro Woche nebst freier Station bei einem Kleinmeister besser als im Neutlinger Konsumverein. Die Tuttlinger Kollegen klagen allgemein über die Wohnung. Es mangelt an Reinlichkeit und Luft. Daß es noch Konsumvereine gibt, die das Logiswesen nicht abschaffen, ist mir unerklärlich. Selbstredend wurden seitens unserer Zeitung alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diese Vereine zu veranlassen unseren Tarif anzuerkennen. Die Verwaltung des Neutlinger Vereins erklärte, daß die in ihrem Betriebe bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse den Anforderungen des Tarifes beinahe entsprächen, daß die wesentlichen Forderungen ja erfüllt wären. Es ist kaum möglich, daß der Geschäftsführer des Vereins den Tarif schon durchgesehen hat. Diese Behauptung wird jedoch aufgestellt, trotzdem durch mündliche Auseinandersetzung mit dem Bezirksleiter unserer Organisation der Geschäftsführer wissen muß, daß dieses nicht der Fall ist.

Eine Reihe von Konsumvereinen kommen ihren Angestellten in jeder Hinsicht entgegen. So hat beispielsweise Ludwigsburg die Sonntags- und die Nacharbeit befreit und Gehing ebenfalls die Sonntagsarbeit. Um so unverständlicher ist dann das Verhalten der beiden Vereine Tuttlingen und Neutlingen. Hier fehlt der Genossenschaftsgeist.

## Gewerbegerichtliches.

**Affordarbeiter und Kündigungsausschluß.** Ist bei Kündigungsausschluß die Zufassung bestimmung: „Die Affordarbeiter sind verpflichtet, den angefangenen Afford fertigzustellen“, gültig? (§ 122 Gewerbeordnung, § 139 Bürgerl. Gesetzbuch.)

Diese für die Arbeiter gewiß wichtige Frage wurde vom Gewerbegericht Charlottenburg verneint!

Der Sache liegt folgender Tatbestand zu grunde:

Für beide Parteien war Kündigungsausschluß maßgebend. Sie konnten daher das Arbeitsverhältnis ohne vorherige Kündigung auflösen. Dieses hat der Kläger getan. Die Beklagte verlangte Fertigstellung des angefangenen Affordes.

Aus den Gründen:

Der zusätzliche Bestimmung: „Die Affordarbeiter sind jedoch verpflichtet, den angefangenen Afford fertigzustellen“, konnte Rechtsgültigkeit nicht zuerkannt werden. Nach § 122 der Gewerbeordnung kann für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses eine andere Kündigungsfrist als die gesetzliche vereinbart werden; dies jedoch nur unter der Bedingung, daß diese abweichende Vereinbarung für beide Teile gleich ist, widrigenfalls die dieser Bestimmung zuwiderlaufenden Vereinbarungen nichtig sind. Durch die Bestimmung, daß Affordarbeiter verpflichtet sind, den angefangenen Afford erst fertigzustellen, tritt eine Modifizierung des Kündigungsverhältnisses einseitig zu Gunsten des Beklagten ein; denn der Verpflichtung zur Fertigstellung angefangener Affordarbeit entspricht keineswegs auch eine Berechtigung des Affordarbeiters, bei Widerspruch des Arbeitgebers erst den angefangenen Afford zu Ende zu führen. Es mangelt also an der notwendigen Gegenseitigkeit dieser Vereinbarung, so daß sie nichtig ist.

Das Gericht erachtet nur diese eine spezielle gegenwärtige Abmachung über die Fertigstellung der Affordarbeit für nichtig. Es hat weiter angenommen, daß die Parteien das Hauptgewicht auf den Ausschluß der gesetzlichen Kündigungsfrist gelegt haben, so daß sie diese Vereinbarung auch ohne den wichtigen Teil getroffen haben würden (§ 139 B. G.-B.). Die allgemeine Bestimmung, daß jeder Teil das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung auflösen könne, blieb daher vollgültig.

## Allgemeine Rundschau.

**Deutsche Bäckereiausstellung in Hannover 1908.** In Hannover wird in der Zeit vom 8. bis 16. August eine große Deutsche Bäckereiausstellung stattfinden, zu welcher jetzt schon Vorbereitungen getroffen werden. Eine umfassende Reklame hat bereits nach allen Regeln kapitalistischer Kunst eingesetzt. Man wird dort wieder großartige Fortschritte bewundern können, und manchem Kleinmeister wird ob seiner Selbstherrlichkeit bangen, wenn er all die maschinellen Hilfsmittel des modernen Großbetriebes in Parade sehen sieht, die auch dem Blödesten predigen, daß die alten guten Zeiten für den Zwergebetrieb unwiderruflich vorüber sind. Leider werden die Veranstalter kaum auf den Gedanken kommen, daß die beste Förderung der Vorwärtsentwicklung unseres Berufes darin läge, wenn sie neben ihren Musterbetrieben auch einige getreue Muster der heute noch so zahlreichen Backhöfen und der oft so wunderbaren „Einrichtungen“ in ihrer lauberen Schönheit sowie die Glendstatistiken über die Arbeitsverhältnisse der Gehülfen ausstellten. Das berufstreuende Publikum würde dann energischer als bisher dafür eintreten, daß die Zustände geschaffen würden, deren Möglichkeit eben auf solchen Ausstellungen demonstriert wird.

Zu übrigen werden die Scharfmacher aller Herren Länder die Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen und sich ein Stellchen geben. Sie müssen sich doch wieder einmal in einem größeren Kreise darüber unterhalten, wie sie noch möglichst lange dem Publikum und den Gesellen das Fell über die Ohren ziehen können. Die amerikanischen Meister haben sich schon angemeldet.

## Aus dem Innungslager.

**Hoch zu Ross auf der Lehrlingsjagd.** Die Bäckermeister gebärden sich mitunter so schnurrig, daß selbst bürgerliche Blätter sie als Parleline ihren Lesern vorzuführen. So brachte dieser Tage die „Beuthener Zeitung“, ein Zentrumsorgan, folgende Darstellung:

Ein hiesiger Bäckermeister, welcher durch häuslichen Fleiß und zierliche Backwaren zu einem ansehnlichen Vermögen gekommen war, hatte es satt, auf dem Prinzip herumzumeilen, daß die Bäcker bei den jetzigen Semmelpreisen nicht auskommen könnten; deshalb schaffte er sich ein wirkliches vierbeiniges Pferd an, das vorn einen Kopf und hinten einen Schweif hatte. Dazu kaufte er sich einen englischen Britischsattel mit blauer, rot eingefasster Schabrake, eine doppelte Trense und eine sehr handfeste Reitpeitsche. Am Sonnabend wurde der Fuchs, so wurde nämlich das neue Ross des Gottesgabendresslers angeprochen, mit dem eleganten Reitzzeuge belledet, was sehr schmutz ausah, wenn auch der allgemeine Pubzuzustand des Pferdes

vor den Augen eines sachverständigen Kavalleristen nicht als musterhaft angesehen wurde. Fuchsel war ganz erstaunt darüber, daß man ihm zwei Trensen auf einmal auflegte, dazu eine so kurze Decke und darüber einen Sattel, dessen Steigbügel ihm die Flanken figelten. Bäckermeisters Lehrling hielt das Reittier am Trensenzügel fest, als hätte er den unbändigen Butephalos, das Leibpferd weiland König Alexander des Großen, höchst persönlich vor sich. Dann nahte der Herr Meister im eleganten blauen Jacketanzug ohne Handschuh und ohne Strippen an den Hosen und Sporen an den Stiefeln; denn solches Gerät kannte weder der Meister Bäcker noch sein Fuchs. Der Lehrling führte das gebuldige Ross dicht an den Bordstein der Straße heran und Meister Bäcker stieg mit Hilfe der Steigbügel etwas mühsam in den Sattel, in den er sich mit ganzer Kraft hineinsetzte, daß dem Fuchs ob der ungewohnten Prozedur ganz unheimlich wurde. Dann griff Meister Bäcker mit beiden Fäusten in die Zügel, „zuppte“ den Fuchs kräftig im Maul und half hinten mit der Reitpeitsche nach, bis sich das Reittier in Trapp setzte. Als Point de Vue nahm sich der Reiter das Kriegerdenkmal auf dem Ringe, bis wohin er auch ohne Unfall kam, nur die Schabrake war nach hinten bis auf die Kruppe des Fuchses und Meisters blaue Hosen bis über die Knöchel hinaufgerutscht. Der Absicht des Reiters, nach der Krafauerstraße zu reiten, setzte der Fuchs energischen Widerstand entgegen; denn er interessierte sich entschieden mehr für die Droischtepperde, und bald gelang es ihm auch dorthin zu kommen. Die Droischtepperde führten den Fuchs einige Schritte von ihren Kostanten fort und halfen mit den Peitschen etwas nach, so daß der Fuchs, trotzdem sein Reiter sich krampfhaft an den Zügeln festhielt, in eine schnellere Trappart geriet. Mit dem Rute des kühnen Reiters griff Meister Bäcker nach dem Vorderzweifel des Sattels, während ein ärgerliches Bierenie dem Hege seiner Zähne entsproß. Dann führten liebenswürdige Passanten den Fuchs in der Richtung nach seinem Stalle zu, und siehe da, nun ging er wie ein Lamm, obgleich ihm der Sattel bis zum Halse und die Schabrake bis zum Schwanz gerutscht war. Wenn unsere Bäckermeister alle auf solche Kavallerie-Neigungen verfallen, dann werden bald die 5 1/2 Semmeln das Doppelte kosten. Also „Abgefessen!“ — Meister Bäcker!

Darauf ging dem Blatt folgendes Schreiben zu, das mir der Originalität wegen auch wiedergeben:

Beuthen, 31. 3. 08.

Wohlwollende Redaktion der „Beuthener Zeitung“.

Hier.

Laut Gesetz bitte als Eingekandt zu bringen.

Der in Ihrer Zeitung gebrachte Bäckermeister hoch zu Ross ist ja nichts mehr wie ein Reklamepferd unseres Handwerks damit dem Publikum die Augen geöffnet werden was an den kleinen Semmel verbint wird, und Vätern jetzt aus der Schule entlassener Knaben Appetit gemacht wird, selbige also die Knaben unserem Handwerk zuzuführen, um später auch Gelegenheit auch Geld zu haben, sich ein Reitpferd zu halten und dem Sport zu kommen.

Das das Reklamepferd verunglückt ist Schicksalstücke.

Der Schriftführer  
E. M.

Nun sag' noch einer, das Handwerk hätte keinen goldenen Boden!

## Aus christlicher und gelber Werkstatt.

**Die Gelben als Lehrlingsaus- bildner.** Eine allbekannte Tatsache ist, daß die Meistertreuen, besonders deren Führer, mit Sitte, Moral und Anstand auf gespanntem Fuße stehen. Wir erinnern nur an die Aussprüche der Vertreter von Erfurt und Worms auf dem ersten gelben Bundestag, ferner an Ehren-Birne, Breslau. Diejem Trisolom gefellte sich, was Charakter anbelangt, Gottlob Hohl, ein Vertreter der gelben Ideen, aus Offenbach hinzu. Vor nicht allzu langer Zeit brachte das „Offenbacher Abendblatt“ eine Notiz über das Tun und Treiben des Gottlob in seinen freien Stunden. Mit besonderer Ausdauer huldigt er dem Kartenspiel. In Ermangelung, Spielgenossen aus den Gehülfskreisen zu bekommen, verfiel der „Meistertreue“ auf die lohnende Idee, den im Betriebe beschäftigten Lehrling für diese Unterhaltung zu animieren. Diese Registrierung der Tatsachen brachte Gottlob so aus dem Häuschen, daß er von nun ab seine erzieherische Tätigkeit auf den Lehrling in anderer Weise ausübte. Nämlich, er bot sich zur Führung in die Bordelle an. Nach Ansicht des Hohl ist das nicht wahr, und er überbandte der Organisation nachstehenden Schreibebrief mit der Bitte, denselben zu veröffentlichen, was hier geschieht.

Offenbach den 10. April 1908

Werthier Kollege!

Da in der letzten Zeit verschiedene mal gegen mich Behauptungen in den Zeitungen u. sonst in der Öffentlichkeit aufgestellt wurden, welche absolut unwahr sind, so möchte ich es hiermit richtigstellen. Erstens wurde in dem Offenbacher Abendblatt behauptet ich hätte einem Lehrling seine Verjährung im Hagarbpiel abgenommen, als diese zu Ende, auf Schulden kontrahiert so circa 40 M., sodann wurde noch in der letzten Tariffassung ausgesprochen, indem ich nichts erwiedert hätte u. mich dagegen rewangiert so sei es erwiesen daß ich das Geld nachträglich von dem Lehrling erhalten hätte. Diese Behauptungen sind vollständig unwahr. I. bin ich nicht der Anstifter dieses Spieles gewesen, sondern der Lehrling hatte selbst angefangen 2. hab ich in nicht seine Verjährung abgenommen, sondern höchstens 1,50 M. wobei er noch circa 10 M. in der Tasche hatte, ferner waren das keine Schulden welche da gemacht wurden, sondern es wurde lediglich zum Schluß zur Unterhaltung gespielt, den man spielt doch nicht auf Pump wenn man weiß daß der andere noch Geld hat, ferner hat er die Schule nicht aus diesen Gründe verläßt, denn er war längst vor Anfang der Schule aus dem Lokal fortgegangen, übrigens glaube ich nicht, daß das ein Verbrechen ist wenn man für 5 1/2 Karten spielt wie dies der Fall war. Außerdem ist in der Tariffassung vom 9/4 1908 gesagt worden ich hätte den Lehrling in Frankfurt in schlechte weibliche Gesellschaft eingeführt, auch diese Behauptung ist nur auf das Hörensagen gestützt u. sind keine Beweise erbracht, wenn ich auf dem Wunsch eines andern Ihn durch verschiedene Straßen führe und Ihn auch vielleicht ein interessantes Lokal zeige, so ist das nicht Sache des Tarifants diese Sache zu untersuchen wie ob. was da vorgegangen ist,

damit möchte ich doch auch fragen ob u. warum der Beklagte nicht zu der Sitzung geladen wird u. er nur beurteilt wird ohne Zeugen, sind das die Waffen mit welchen der Verband kämpft? sich um persönliche Angelegenheit zu kümmern. Ich verlange hiermit daß das Schreiben bei der nächsten öffentlichen Versammlung zur Verlesung kommt u. ich jede diesbezügliche Beleidigung u. Verleumdung zur Anzeige bringen werde Achtungsvoll Gottlob Hohl Bäckergehülfe

Ich glaube, wenn ich zu der Tariffassung geladen gewesen wäre, so wäre diese Sitzung auch mit einer Blamage gerade wie die letzte ausgegangen.

Gottlob, die Sache hast Du gut gemacht! Mit dem Zugeständnis, daß der Briefschreiber „nicht auf Pump spielt, wenn man weiß, daß der andere noch Geld hat“, sind wir sehr zufrieden. Er leugnet auch nicht weg, „den Lehrling durch verschiedene Straßen geführt und ein betreffendes Lokal gezeigt zu haben“. Aber alles hat Gottlob auf „Wunsch“ des Lehrlings getan. Pflicht der Tarifkommission ist es, solches unmoralische Benehmen eines Gehülfs, der noch obendrein meißterreu sein will, zur Sprache zu bringen. Daß sich Gottlob furchtbar blamiert hat, sieht er zum Schluß selbst. Hättest Du lieber geschwiegen. Leimrutenonkel wird auf Dich böse sein.

## Gelbe Maulwurfsarbeit in Wezlar.

Damit die Gelder der Innungen, die sie für die „Zucht“ der „Gelben“ opfern, auch endlich „Früchte“ bringen, sand sich der hiesige Bäckermeister Fischer, Silhhoferstraße, veranlaßt, sich zwei „Gelbe schiden zu lassen“. Er glaubte, auf diese Weise die siebzehnstündige Arbeitszeit wieder einführen zu können, da nach seinem besten „Wissen und Gewissen“ eine Verordnung über die Arbeitszeit der Bäckergehülfen — für Wezlar — nicht existiere. (Behauptung vor dem preussischen Gewerbegericht Wezlar.) Von den vier bei Fischer beschäftigten Gehülfsen, die alle organisiert waren, hatten zwei gekündigt. Als die Kündigung abgelaufen war, glaubte Fischer, nun seinen Betrieb „rein gelb“ machen zu können und entließ auch die übrigen zwei Kollegen am selben Tage, nachdem ihm gelungen war, Ertrag zu erhalten. Als die Kollegen zur Arbeit kamen (einer davon ist verheiratet), hatte Fischer seine Bude fest verriegelt und ließ die „roten Kollegen“ mit Wasser begießen. — In Meisterkreisen gilt dies wahrscheinlich als „Anstand“. Vor dem Gewerbegericht mußte dieser Herr „Anstands-Fischer“ wegen kündigungsfreier Entlassung der beiden Kollegen jeden M. 18 „Anstandsgebühr“ zahlen. Bemerkte sei hierbei, daß das Gewerbegericht Wezlar wegen kündigungsfreier Auflösung des Arbeitsverhältnisses ohne Rücksicht auf die vereinbarte Lohnhöhe immer den obigen Satz als ortsbüchlich annimmt, während nach der R.-G.-O. den Kollegen eine Entschädigung für je 14 Tagen nach der Höhe des Lohnes zuzusetzen müßte. — Nach welcher Gesetzesbestimmung kommt das Gewerbegericht zu obigem Urte? U. A. w. g.?

Auch soll die dortige Zwangsinnung den Beschluß gefaßt haben, alle „Nichtgelben“ aus Wezlar hinauszuweisungen. — Am 14. April nahmen die Kollegen hierzu in einer Mitglieder-versammlung Stellung. Kollege Kumeleit-Frankfurt besprach die Mittel, die die Bäckermeister anwenden. Als die größten Scharfmacher wurden die Herren Staffell-Baugasse, Louy-Schmittgasse, Kirnjer-Oberthor, Fischer-Silhhoferstraße, Wolf-Lahnstraße und Hölberle-Lahnstraße bezeichnet. — Diese Betriebe seien so, daß die Herren allen Grund haben, Verbandsgehülfsen zu fürchten. Der Referent empfahl sie den „Gelben“ bestens als Heilstätten gegen die „Gelbsucht“. — Erfolg sei sicher! — Heilmethode wäre siebzehnstündige Arbeitszeit, Lohn gemäß dem Erfurter Programm der Gelben, gute Kost und nichts zu beißen. Bei zehnjähriger gelber Treue event. blaueweiße Studentenkappe.

Daß die Meister mit all' ihren Mitteln sich gewaltig blamiert haben, geben sie bereits selber zu. Die „gemakregelten“ Notizen sind längst in Arbeit und werden den Herren noch manches zu schaffen machen. Mit Begeisterung versprochen die Kollegen, nun erst recht unermüdet die Organisation zu stärken.

## Die Dresdener Gelben am Leitfessl.

Eine „gelbe“ Versammlung fand am 15. April in Dresden statt, die den gewünschten „ungetriebenen“ Verlauf nahm. In einem besonderen Lische hatte der Innungsvorstand Platz genommen, der über den Verlauf der Versammlung seine helle Freude gehabt haben wird. Insgesamt waren circa 120 Meister und nur 80 Gesellen anwesend. Referent war Wilsch-nöbke, welcher seine bekannten Weisheiten vorbrachte. Als Drahtpuppe der Innung mußte er natürlich die Erfüllung der gestellten Forderungen für unmöglich erklären. In der Debatte lagte ein Gelber, indem er sich an die „lieben“ Meister wandte, sein Leid, daß ihn einmal ein Meister bei Neuzerung eines Wunsches gleich einen Sozialdemokraten genannt habe. Ein Herr Bartholomäus — er soll Vorgesetzter des Vaterländischen Arbeitervereins und gleichzeitig Beamter des Reichsverbandes sein — empfahl, die Sozialdemokratie nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu bekämpfen, weshalb er den Bäckergehülfsen den Eintritt in den Vaterländischen Arbeiterverein wärmstens empfahl. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung erklärt, das größte Interesse daran zu haben, daß das Bäckerhandwerk in seiner jetzigen Verfassung erhalten bleibt, daß die Mittel- und Kleinbetriebe nicht zu Gunsten der Großbetriebe dem Untergang geweiht werden, wie dies die Führer des Bäckerverbandes beabsichtigten. Der herausgeschworene Lohnkampf sei eine Machfrage der Führer des Verbandes, die Forderungen seien entgegen den Wünschen der größeren Mehrheit der Gesellen so hoch geschraubt, daß dem Bäcker-gewerbe die schwersten Wunden geschlagen werden würden, und daß durch Erfüllung derselben der Ruin des Klein-gewerbes unmittelbar herbeigeführt werden müßte. Der Verband habe gar keine Berechtigung, im Namen der Dresdener Bäckergehülfsen zu sprechen und Lohnkämpfe herauf-zubezwängen. Der Bund werde dem entgegenzutreten und vermeiden, daß durch die hohen Kosten, die durch die Bewilligung der gestellten Forderungen entstehen, eine allgemeine, unvermeidliche Brot- und Gebäckverteuerung ein-trete.

Ueber die würdelose Kriederei der Gelben vor den Meistern viel Worte zu verlieren, wäre Raumverschwendung. Die eine Neuzerung des Kollegen, der, weil er etwas wünschte, sofort als Sozialdemokrat angesprochen wurde, genügt zur Charakteristik der Meister und kenn-zeichnet gleichzeitig die heillose Verschränktheit oder grenzen-lose Frechheit der Mitglieder dieser traurigen Schutztruppe.

von dem nunmehr verstorbenen Obermeister Mehren auch sofort festgestellt. Das Ansehen des „christlichen“ Verbandes war um so mehr erbärmlich, als sogar „christliche“ Mitglieder, darunter auch der Vorsitzende Ersfeld, anwesend waren. Aber keiner hatte anscheinend den Mut besessen, sich als Vertreter des Verbandes zu melden, denn alle, auch Ersfeld, meldeten sich als Gesellenausschussmitglieder. Dies ist zudem auch der Beweis dafür, daß man im „christlichen“ Verbands überhaupt nicht einmal Vertreter zur Verhandlung gewählt hatte.

Wenn nun heute das „christliche“ Organ erklärt, sie hätten nach Kräften ernsthaft mitgearbeitet, so zeigt schon das oben Angeführte zur Genüge, daß es ihnen mit ihrer Mitarbeit nicht Ernst war, sondern daß sie sich nur zum Schein an der Lohnbewegung beteiligten hatten, solange es nämlich Mitglieder zu „fangen“ galt, was natürlich in der Verhandlung mit der Innung nicht mehr geschah konnte. Aber es kommt noch trauriger. Als die betreffenden Verhandlungen zu Ende waren, da stand mit einem Male der „christliche“ Vorsitzende Ersfeld, der eingangs derselben seinen Verband dadurch verleugnet hatte, indem er sich nicht als Vertreter desselben meldete, auf und erklärte mit allem Ernste: „Meine Herren (zu den Meistern), wir (die „Christen“) wollen garnicht die Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Meister. Wir wollen schon sorgen, daß der Dietrich wieder aus Cöln verschwindet.“ Für uns war es nun klar, daß die „Christlichen“ die ganze Bewegung nur zum Schein mitgemacht hatten; in der öffentlichen Versammlung, in der über die Verhandlungen Bericht erstattet wurde, schilderte Kollege Dietrich auch das Verhalten des „christlichen“ Ersfeld, aber trotzdem sogar der Hauptvorstand des „christlichen“ Verbandes in dieser Versammlung anwesend war, blieb Ersfeld weiterhin ihr Vorsitzender. Das ist also die „Scheinbewegung“ von Cöln im Jahre 1905; gewiß hat zu derselben unser Verband den Anstoß gegeben, aber nicht nur, um Mitglieder zu gewinnen, in welchem Fall er sich sicher mit den „Christen“ nicht verbunden hätte. Bei uns war tatsächlich das ernste Bestreben vorhanden, durch die, wenn auch schwache Organisation etwas zu erringen, während man das aber von den „christlichen“ ihrem endgültigen Verhalten nach auf keinen Fall behaupten kann. Und ob das schließlich ein Verbrechen sein soll, mittels einer noch schwachen Organisation Vorteile für die Arbeiter zu erringen suchen, was eben unter den Begriff Scheinbewegung fällt, darüber lassen wir nur allein ernsthafte Leute urteilen.

Wir sehen also, daß die „Christlichen“ samt ihrem Organ mit dem Vorwurf, wir injizieren Scheinbewegungen, kein zu Hause bleiben dürfen; denn gerade bei jener Bewegung, die sie ja immer zum Beweise heranziehen, haben sie nur zum Schein mitgewirkt, was in der Hauptsache auch der Grund des Mißerfolges war. Jedenfalls läßt es dem „christlichen“ Zeilenführer schöner an, selber erst mal durch selbständiges Vorgehen bei einer Lohnbewegung Erfahrungen zu sammeln und dann erst Kritik zu üben an der Taktik anderer. Aber da diese angebliche „Gewerkschaft“ bis heute noch keine einzige Lohnbewegung aufweisen kann, müssen wir ihr schon raten, erst etwas zu lernen und dann zu reden. In einem Falle allerdings kann der „christliche“ Verband seit seinem Bestehen von einer Lohnbewegung berichten, aber auch nur von dieser einen, und die spielte sich bekanntlich in Passau ab. Auf dieselbe näher einzugehen, halten wir schon aus dem Grunde für nicht nötig, weil die Passauer Kollegen zum größten Teil selbst aus dieser Bewegung und ihrem Scheinerfolg schon die nötige Lehre gezogen haben. Hinzu käme dann noch ein Vorgehen in einem Cölner Betrieb, bei dem zwar etwas errungen wurde, womit aber wiederum das „christliche“ Verbandsorgan Schein zu erwecken versucht. Es betrifft das ihren Tarif in der „Videndorfer Dampfmühle“ Cöln-Videndorf. Das „christliche“ Organ berichtete über die Einführung dieses Tarifes seinerzeit (Nr. 16, Jahrgang 1907) wie folgt:

„Der zwischen unserem Verbands und der Videndorfer Brotfabrik Gebr. König abgeschlossene Tarifvertrag lief mit dem 1. August d. J. ab. Der Tarif wurde nun auf weitere zwei Jahre erneuert. Nach den jetzigen Vereinbarungen betragen die Mindestlöhne wöchentlich: für Tischarbeiter M 27, für zweite Ofenarbeiter M 28,50, für erste Ofenarbeiter und Feigmacher M 30. Ferner werden fortan den Arbeitern einmal im Jahre Ferien gewährt unter Fortzahlung des Lohnes, und zwar: nach einjähriger Beschäftigungsdauer zwei Tage, nach zweijähriger Beschäftigungsdauer drei Tage und nach dreijähriger Beschäftigungsdauer vier Tage.

So sieht dieser „christliche“ Tarif aus, in dem übrigens von einer Festlegung der Arbeitszeit keine Spur zu finden ist. Was aber noch nicht so schlimm wäre, wenn der Bericht nicht so abgefaßt wäre, als ob etwa im Tarif Wochenlöhne festgesetzt wären. In diesem Betrieb gibt es nämlich heute noch keine Wochenlöhne, sondern dort besteht noch der **Schichtlohn** — Minimum M 4,50 — und sogar nebenbei noch ein gewisses Prämienystem. Das ist aber alles vom „christlichen“ Blatte verschwiegen worden, eben deshalb, weil man Schein mit dem Erfolg erwecken wollte. Um schließlich nochmal auf das eingangs dieser Zeilen Gesagte zurückzukommen, daß wir nämlich die gesamte „christliche“ Bäckerbewegung als eine Scheinbewegung auffassen, so mag zur Begründung dieser unserer Ansicht noch folgendes dienen. Die paar „christlichen“ Agitatoren, und ebenso das „christliche“ Organ erklären unablässig: „Wir wollen das selbe, was der freie Verband will, wir kämpfen auch gegen das Ausbeutungssystem im Bäckergewerbe, usw.“

Auch das ist Schein. Denn gerade das „christliche“ Verbandsorgan lehrt uns mit jeder Nummer, daß die „christliche“ Bäckerorganisation nicht zu dem vorhin angeführten Zwecke ins Leben gerufen wurde, sondern daß ihr Hauptzweck der gleiche ist, wie der der gesamten „christlichen“ Gewerkschaftsbewegung: Einen Bollwerk gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Und daß das „christliche“ Bäckerblatt diese, seine lehrthim genannte Aufgabe auch richtig erfährt hat, das beweist es, wie gesagt, in jeder Nummer. So z. B. brachte es im vorigen Jahre, also in 26 Nummern des

Jahrganges 1907: 11 (Elf) Notizen gegen die Meisterschaft. Davon betrafen vier Notizen ebenfalls gerichtliche festgestellte Mißstände, ein Fall Lehrlingsausbeutung, drei Klagen von Mißständen und drei Notizen über die Rückständigkeit der Arbeitgeber im allgemeinen.

Dagegen brachte das Blatt 57 (sieben und fünfzig) Artikel und Notizen gegen unseren Verband, gegen die freie Gewerkschaftsbewegung und gegen die Sozialdemokratie.

Wir fragen nun: Hat eine solche „Gewerkschaft“ das Recht, über angeblichen gewerkschaftlichen oder tatsächlichen Schein zu eifern? Die Antwort darauf ist nicht schwer zu finden. Sie lautet: Nein.

Unsere Kollegen aber empfehlen wir, sich die vorstehende Antwort an das „christliche“ Organ, um welche es ja auch gebeten hat, aufzubewahren, weil wir mit Bestimmtheit annehmen, daß dieses Blatt auch weiterhin anderen das in die Schuhe schieben will, was es selbst verschuldet hat. Wie sagte doch Siegl: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“.

## Lohnbewegungen und Streiks.

Die **Bäckergesellen von Rödelheim** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen eine zwölfstündige Arbeitszeit inkl. der Essenspausen, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber, Bezahlung der Ueberstunden und zehnstündige Ruhezeit an den hohen Festtagen Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Zu Verhandlungen waren die Meister bereit, jedoch nach dem Rezept der Frankfurter Innungsführer nicht zur Bewilligung auch nur einigermaßen annehmbarer Verbesserungen. Mit großer Zähigkeit halten die Meister an dem System des Kost- und Logiszwanges fest. Wir lassen einige Zahlen bezüglich der Lohnhöhe folgen. Es verdient ein Gehülfe nebst „guter Kost und Logis“ für 8 1/2stündige Nachtarbeit pro Woche M 4, drei Gehülfe pro Woche je M 8, zwei Gehülfe erhalten je M 9. Nur ein Gehülfe, der verheiratet ist, erhält ohne Kost und Logis M 22 und einige Backwaren. Die Gehülfe reduzierten nun ihre Forderungen nochmals, da eine Einigung in der Kommission nicht erzielt wurde. Die nunmehr den einzelnen Meistern unterbreiteten Forderungen lauten: zwölfstündige Arbeitszeit inkl. der nötigen Essenspausen, M 10 Mindestwochenlohn bei voller Kost und Logis, Bezahlung an verheiratete Gehülfe für Kost und Logis M 12 pro Woche, Bezahlung des Frühstückes und Abendessens an alle Gehülfe mit 50  $\frac{1}{2}$ , 36stündige Ruhezeit an den hohen Festtagen und zweijährige Vertragsdauer. Bewilligt haben Hoffmann, Schmidt Ww., Wolf Wwe., Kauderer und Engelhardt.

**Aus Landshut i. B.** Zwischen unserer Organisation und der Brotfabrik Gebr. Reiter, Landshut, ist folgender Tarifvertrag zu Stande gekommen:

A. **Arbeitszeit.** Als Arbeitszeit ist die Bundesratsverordnung strikte einzubehalten.

B. **Löhne.** 1. Der Mindestwochenlohn für den letzten Gehülfe (ohne Kost) beträgt M 16. Die Löhne der übrigen Gehülfe werden um M 1 pro Person und Woche erhöht. 2. Ab 15. April 1909 erhöhen sich alle Löhne um M 1, mit Ausnahme der beiden Postler in der Weißbäckerei. 3. Ueberstunden nach der Bundesratsverordnung, durch Mehrarbeit verursacht, sind pro Person und Stunde für Schieber und Maschinenisten 40  $\frac{1}{2}$ , Weckenmacher und Herwieger 35  $\frac{1}{2}$ , Postler 30  $\frac{1}{2}$  zu vergüten. 4. Die Lohnzahlung erfolgt am Sonntag nach Arbeitsluß. 5. Einmal bezahlte Löhne dürfen nicht gefürzt werden.

C. **Ferien.** Ferien unter den Arbeitern selbst bleiben wie bisher, ohne Aushülfsbezahlung.

D. **Allgemeines.** 1. Frühkaffee und Brot wird wie bisher gegeben. Für eventuell verabreichtes Essen kann vom Lohne nichts in Abzug gebracht werden. 2. Wegen Organisationszugehörigkeit und Eintritts für diese Bestimmungen dürfen Maßregelungen nicht erfolgen. 3. Der Tarifvertrag ist an gut sichtbarer Stelle im Betriebe auszuhängen. 4. Aus dem Lohn- oder Arbeitsverhältnis entstehende Differenzen sind unter Herbeiziehung eines Gehülfevertreter zu schlichten. 5. Die Kündigung ist die gegenseitige und beträgt gegenseitig acht Tage.

E. **Tarifsdauer.** Die Tarifsdauer ist eine dreijährige, beginnend am 15. April 1908 und endigend am 14. April 1911, mit monatlicher Kündigungsdauer. Erfolgt eine Kündigung nicht, so besteht der Vertrag auf ein weiteres Jahr.

Landshut, den 14. April 1908.

Für den Gehülfeverband. Der Betriebsinhaber.  
Josef Diermeier, Bezirksleiter. Gebr. Reiter.

**Zur Lohnbewegung in Solingen.** Zwischen den Vertretern der Organisation und der Leitung der Innung ist es zu Verhandlungen gekommen, welche eine Verständigung gezeitigt haben. Es wurde ein Tarif vereinbart, nach dessen Hauptpunkten Kost und Logis im Hause des Meisters nur noch dann zu gewähren ist, wenn der Gehülfe dies auf dem zu bildenden Tarifamte selbst verlangt. Der Minimallohn für Gehülfe über 20 Jahre wurde auf M 24 für sechs Arbeitsschichten festgesetzt. Ueberstunden sollen mit 40  $\frac{1}{2}$  die Stunde extra bezahlt werden. Nach einem Jahre Beschäftigungsdauer sind drei Tage Ferien zu gewähren.

Die Kollegen haben dieser Tage über die Annahme der Bedingungen zu beschließen, und werden wir den eingehenden Bericht in nächster Nummer bringen.

## Landtechnische Rundschau.

**Agar-Agar.** Ueber Herkommen von Agar-Agar, das in der Konditorei- und Zuckerwarenfabrikation vielfach verwendet wird, finden wir in der „Pharmaz. Zeitung“ folgende nähere Angaben:

Das Agar-Agar (japanisch: Kanten = kalter Simmel) kann nur bei kaltem und trockenem Wetter hergestellt werden, weshalb seine Fabrikation meistens während der Wintermonate stattfindet, und zwar in den am Meere gelegenen Gebieten. Gesammelt wird es inessen vom Mai bis August. Die Hauptpflanze ist „Tengusa“ (Gelidium „Swansii“); sie ist ungefähr 10–20 cm lang und wird mit Haken, Netzen oder durch Taucher herbeigeholt. Die am Ufer gefundenen Algen geben eine

schlechtere Qualität. Aber auch andere Algen werden zu Agar verarbeitet, so z. B. Ego (Campylocephora hypnoides), Tori ashi (Acanthopeltis Japonica) und Ogo (Gracilaria confervoides); meistens werden sie dem Tengusa-Agar zugelegt. Die Algen werden von den Fischern am Strande getrocknet und zum Teil gebleicht; häufig geschieht dieses auf Bambusgeflechten. Dann kommt das Material zu den „Kanten“-Fabriken, wo man es in feineren Mörsern unter Wasserzusaß von den anhaftenden Muscheln usw. reinigt. Hierauf wird das Agar gebleicht, bei trockenem Wetter muß es indes ziemlich häufig wassergegossen werden. Dieser Prozeß ist in höchstens einigen Tagen beendet.

## Gewerkschaftliche Rundschau.

**Gescheiterte Unterhandlungen im Malergewerbe.** Die Unterhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für das Malergewerbe und der Vereinigung der Maler, die in Mannheim geführt werden sollten, um die Situation in Süddeutschland zu klären, sind gescheitert. Die christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisationen, die mit ihrer Mitgliederzahl ernsthaft überhaupt nicht in Süddeutschland in Frage kommen, verlangten die gleiche Vertretung, wie die allein maßgebende Organisation der Arbeiter im Malergewerbe, die Vereinigung der Maler. Auf eine solche „Verhandlung“ konnte sich diese selbstverständlich nicht einlassen. Die Unternehmer wollten gar noch einen „gelben Arbeitervertreter“ hinzuziehen, sie begnügten sich also nicht bloß mit der Hirsch-Dunderschen Vertretung. Unter diesen Umständen sahen unsere Genossen von weiteren Unterhandlungen auf einer solchen Grundlage ab. Die Christlichen wie auch Herr — Goldschmidt als Vertreter der Hirsch-Dunderschen Maler erklärten sich aber bereit, selbst zu unterhandeln und einen „Generaltarif“ abzuschließen. Ob den Malermeistern damit geholfen sein wird?

## Internationales.

**Sieg über die Christlichen in Oesterreich.** Ein grosser Sieg der sozialdemokratischen Kandidatur bei den Gehülfeuwahlen in Wien. Am 7. April fanden in Wien die Wahlen in den Gehülfeausschuss statt. Die „Christlichen“ haben eigene Kandidaten aufgestellt und so grossmütig getan, als wenn wirklich die Liste der Streikbrecher siegen sollte. Die Meister haben sich gleichfalls sehr angestrengt, den „Sieg“ der Arbeiterinteressenvertreter vorzubereiten; denn so „edel“ denkend sind die Meister schon, dass sie herausgefunden haben, dass ein Erfolg der christlichen Kandidatur eigentlich ein grosser Erfolg der Meister über die Gehülfe wäre. In einem vertraulichen Zirkular des Wiener Lokalverbandes wurden alle Meister entsprechend instruiert, wie sie das „ihre“ zum Siege der Arbeiterzersplitterer beitragen sollen. Speziell die Ladenmädchen, Hausknechte und sonstige Hilfsarbeiter sollten von den Meistern dahin beeinflusst werden, dass sie diesmal alle zur Urne schreiten, und „christlich“ wählen. Diese leider noch völlig indifferenten, aber sehr ausgebeuteten Kategorien im Bäckergewerbe sollten also bei dieser Wahl das Zünglein an der Wage sein, der Indifferentismus sollte siegen über die Organisation.

Doch dieser Appell der Meister hat das Gegenteil bewirkt! Die Meister haben neben der eigenen Blamage zugleich auch unwiderleglich bestätigt, dass die „Christlichen“ eine Meisterschutztruppe sind. Nur die allerdümmsten Bäckerarbeiter können Schwindlern und Falschspielern auf den Leim gehen und sich auf Kommando gegen die Arbeiter missbrauchen lassen. Die denkenden Bäckerarbeiter können unmöglich so weit sinken, und in das Lager der „Verräter“ hinüberwandern. Das hat auch diese Wahl glänzend bewiesen. Es wurden insgesamt 2935 Stimmen abgegeben; davon entfielen 2507 Stimmen auf die sozialdemokratischen Kandidaten, 428 Stimmen auf die „christlichen“ Streikbrecher. Die „Christlichen“ haben Tausende von Legitimationen von den Meistern erhalten, die sie zur Wahl als falsche Wähler benutzten; es wurden mehrere von ihnen als Wahlschwindler agnosziert und arreziert. Die Zahl der christlichen Stimmen ist aber in der Wirklichkeit noch viel niedriger als hier zum Ausdruck gelangt.

Nun wird jetzt das Märchen vorbereitet, dass diese Wahlen annulliert werden, indem sie in „Arbeiterheimen“ stattfanden.

Mit grosser Beruhigung sehen wir dem entgegen; denn es würde bei einer Neuwahl unsere Kandidatenliste um einige Hundert Stimmen mehr bekommen. So war der Wahltag zugleich auch ein Zahntag für das Geheilte, das den ehrlichen Arbeitern bei Kämpfen um eine bessere, menschenwürdigere Existenz schmähhlich in den Rücken fällt. Z.

## Die Lage des Bäckereigewerbes in Lodz.

Nach der im vorigen Jahre stattgefundenen Aussperrung der Bäckerarbeiter in Lodz ist die gewerkschaftliche Bewegung der Bäcker bedeutend zurückgegangen. Die Schuld daran kann jedoch nicht der Aussperrung zugeschrieben werden, da der Kampf mit einem Vergleich endete, der den Arbeitern wertvolle Zugeständnisse brachte (geregelter Arbeitsruhe, Entlassung der Arbeiter nur unter Genehmigung einer besonderen Kommission usw.). Diesen Sieg verdanken die Arbeiter nur ihrer starken Organisation und ihrem Solidaritätsgefühl. Gegenwärtig aber benutzen die Bäckermeister den Rückgang der Organisation, um die gemachten Zugeständnisse unter voller Missachtung des mit den Arbeitern abgeschlossenen Vertrages wieder zurückzuziehen. Leider findet dieses Vorgehen der Meister keinen genügenden Widerstand seitens der Arbeiter, die lange nicht energisch genug ihre Rechte wahren; ja es häufen sich sogar Fälle, wo Abwehrstreiken der Bäckerarbeiter infolge Streikbruches einiger von ihnen mit vollem Misserfolg enden. Da die Errungenschaften der früheren Kämpfe im Bäckereigewerbe dadurch in Frage gestellt werden, hat das Lodzer Komitee des „Bundes“ eine spezielle „Gewerkschaftskommission“ für das Bäckereigewerbe“ gebildet, die in einem „Aufruf an alle Bäckerarbeiter“ die Kräftigung der Bäckerorganisation und die Leitung des Kampfes der Bäcker-

arbeiter als ihre erste Aufgabe erklärt. Ferner gedenkt sie alle Mittel anzuwenden, um die strengste Einhaltung des Vertrages von den Meistern zu erzwingen und das immer weiter um sich greifende Streikbrecherwesen zu bekämpfen. Der Aufruf schließt mit einem kräftigen Appell an die Arbeiter, ihre Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit abzulegen und mit neuen Kräften an ihrer Organisation zu arbeiten, um der Bäckerbewegung zu ihrer früheren Macht zu verhelfen.

### Jahresbericht des tschechoslawischen Bäckerverbandes.

Wir entnehmen der „Bäckerzeitung“, dem Organ unserer österreichischen Bruderorganisation, nachstehenden Bericht über oben genannte selbstständige Organisation der Bäckerarbeiter Böhmens: Der Verband zählte am 1. Januar 1907 1591 Mitglieder, am 31. Dezember 1907 1984 Mitglieder, also eine Vermehrung von 393 Mitgliedern. Neu beigetreten sind 1202, verfallen 809 Mitglieder. Vom vorhandenen Mitgliederstand entfallen auf Prag und Vororte 1434, auf das übrige Böhmen 451, auf Mähren 99 Mitglieder. Von den Neueitritten entfallen auf Prag und Vororte 664, auf das übrige Böhmen 418, auf Mähren 125 Mitglieder.

#### Übersicht der Einnahmen.

13602 Beiträge 1. Klasse à 35 Heller	Kr. 4760,70
16729 „ 2. „ à 50 „	8364,50
2546 „ 3. „ à 55 „	1400,30
14252 „ 4. „ à 70 „	9976,40
12559 „ 5. „ à 80 „	10047,20
2700 Lehrlingsbeiträge à 10 „	270,—
6221 Krankenunterstützungsfondsbeiträge à 20 Heller	1244,20
1825 Krankenunterstützungsfondsbeiträge à 30 Heller	403,50
8925 Leichenkostenbeiträge à 20 Heller	1785,—
2105 ausserordentliche Beiträge à 5 Heller	105,25
Neueitritte und Duplikate	963,16
Andere Einnahmen inklusive des abgelieferten Kassenbestandes vom U. V.	23664,58
Summa...	Kr. 62984,79

Die Einnahmen für Beiträge allein betragen Kr. 38 357,05 oder 95 pZt. der Gesamteinnahmen, wenn der vom Krankenunterstützungsverein abgelieferte Kassenbestand im Betrage von Kr. 20 000 in Abrechnung gebracht wird.

#### Übersicht der Ausgaben.

Für Arbeitslosenunterstützung	Kr. 7908,—
„ Krankenunterstützung	3554,80
„ Invalidenunterstützung	642,—
„ Hinterbliebenenunterstützung	991,28
„ Notunterstützung	627,—
„ Unterstützung der Witwen und Waisen	761,32
„ Ausgaben der Ortsgruppen	1794,40
„ Agitation und Organisation	1639,42
„ Verwaltung, persönlich	1474,62
„ sachlich (inklusive des Fachblattes)	5039,12
„ Reservefonds	10662,55
Summa...	Kr. 35089,51
Kassenbestand am 21. Dezember 1907	27895,51
Gesamtsumma...	Kr. 62984,79

Für Unterstützungen allein wurden verausgabt Kr. 14 529,40 oder 35 pZt.

Lohnbewegungen fanden statt in Pilsen, Brünn, Bernau, Kladno, Schlan, Kralup, Kuttenberg, Pardubitz und Prag. In Brünn und Bernau wurde auf dem friedlichen Wege eine Lohnerhöhung und Regelung der Sonntagsruhe erzielt, in Pardubitz und Kuttenberg haben die „Nationalsozialen“ die Leitung der Bewegung innegehabt und es wurde diese unter sehr geringen Zugeständnissen beendet; in Pilsen endete der Streik ohne Resultat, in Prag wurde nach einem 67-tägigen Streik der Kampf mit einem teilweisen Erfolg beendet. Von 1500 streikenden Gehülften sind 800 in 151 Bäckereien zu den Tarifbedingungen eingetreten, während 480 Arbeiter ohne Zugeständnisse die Arbeit aufnahmen; vom Streik in Prag blieben 220 Gemassregelte zurück. Die Kosten des Prager Streiks belaufen sich auf Kr. 90 000, wovon Kr. 8000 durch das internationale Sekretariat aufgebracht wurden. Es war dies der erste Kampf, dessen Unterstützung durch das internationale Sekretariat der Bäckerarbeiter ausgeschrieben wurde.

Für den 19. und 20. April wird nach Prag der erste Verbandstag des tschechoslawischen Verbandes einberufen. Auf diesem soll eine Beitragserhöhung in der 1. und 3. Klasse um 5 Heller pro Woche und die Herausgabe eines eigenen Fachblattes für die Bäcker nach den Anträgen des Vorstandes beschlossen werden. Ferner soll der Widerstandsfonds getrennt werden, und zwar auf einen Prager Lokal- und einen Zentralwiderstandsfonds.

### Der Schwur.

Es braust durch alle Lande  
Der Ruf: „Zur Freiheit auf!  
Werft von Euch alle Bande,  
Sie hemmen Euern Lauf!

Kämpft mit uns für die Freiheit  
Und auch für gleiches Recht!  
Erstreckt die volle Gleichheit:  
Hinweg mit Herr und Knecht!“

Denn dieses zu erringen  
Gilt unser Streben mir.  
Es wird und soll gelingen,  
Drum höret unsern Schwur:

„Mit dem Symbol der Liebe,  
Der schönen Farbe Rot,  
Wir kämpfen bis zum Siege  
Und bringt's uns auch den Tod!“

Franz Bartels, Hamburg.

### Literarisches.

**Geschäfts- und Jahresberichte** gingen folgende ein: Geschäftsbericht des Arbeiter-Modafahrerbundes „Solidarität“ für 1907. Bundesgeschäftsstelle: Karl Fischer, Offenbach a. M., Bismarckstraße 32.

Achter Jahresbericht 1907 des Arbeitersekretariats Halle a. d. S. nebst einer statistischen Aufnahme über die Arbeits-, Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiterchaft in Halle a. d. Saale. Selbstverlag des Arbeitersekretariats.

Siebter Bericht des Arbeitersekretariats und des Kartells der freien Gewerkschaften in Köln. Preis 20 M. Selbstverlag des Kartells.

Bericht des Gewerkschaftskartells zu Chemnitz für 1907 nebst dem Bericht des Arbeitersekretariats. Selbstverlag des Kartells.

Zweiter Jahresbericht des Arbeitersekretariats zu Brandenburg a. b. Havel für 1907. Preis 50 M. Selbstverlag des Kartells.

Jahresbericht des Arbeitersekretariats zu Greifeld für 1907. Verlag des Arbeitersekretariats.

Dritter Jahresbericht des Arbeitersekretariats Fürth i. B. und Bericht der Bauarbeiterkommission nebst einem Anhang: Statistische Erhebungen über Verbreitung der politischen Organisation und Presse innerhalb der Gewerkschaften.

Geschäftsbericht für 1907 des Arbeitersekretariats Freiburg. Jahresbericht für 1907 des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Verlag von Fr. Lange, Hamburg.

Bericht für 1907 über die Tätigkeit der Zahlstelle Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes. Verlag des Verbandes, Berlin, Th. Glocke.

Lebenshaltung und Arbeitsverhältnisse der deutschen Bauhilfsarbeiter. Verlag: Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Hamburg.

Sozialdemokratische Gemeindepolitik. — Kommunalpolitische Abhandlungen. Herausgegeben unter Leitung von Paul Hirsch. Heft 7: Das Submissionswesen. Von Fritz Paepow. Preis 40 M. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund. Bericht vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907. Von Gustav Richter. Preis 25 M. Stenographieverlag: G. Richter, Lahr-Burgheim i. B.

Süddeutscher Postillon Nr. 8 bringt ein zeitgemäßes Zeitgebiht: Das rote Meer. — Zukunftsbilder vom journalistischen Kriegsschauplatz. — Der neue Regimentschef (Geb.) — Konsequent. — Revolutionsfeier in Schleswig-Holstein (Geb.) — Preussischer Hahnenkampf. — Rätsel. — Die ultima ratio der Frauen. — Vier Volkbilder in künstlerisch gewählten Farben: Der China-Japanstreit, ein hübsches Studentenbild, ein solches aus dem modernen Soldatenleben und ein Monarchensujet: „Unter Kollegen“. — Der rührige Verlag von Dr. Ernst in München teilt uns mit, daß Nr. 9 als Mainummer 12 fertig und besonders inhaltsreich wird, trotzdem der gewohnte Preis mit 10 M bleibt.

### —\* Anzeigen. \*—

#### Nachruf.

In der Nacht zum 2. April machte ein Schlaganfall dem Leben unseres Kollegen

#### Albert Stanske

ein plötzliches Ende.

Derselbe war seit dem 11. November 1905 unser Mitglied und hat sich stets als ein braver Verbandskollege gezeigt.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3]

Bezirksleitung Berlin.

#### Nachruf.

Am 16. April verstarb infolge eines Unglücksfalles unser langjähriges Mitglied

#### Carl Rieger.

Ehre seinem Andenken!

[M. 2,40]

Mitgliedschaft Bremen.

#### Nachruf.

Am 16. April verschied nach langem, qualvollen Leiden unser treues Mitglied

#### Oswald Fischer.

Ehre seinem Andenken!

[M. 2,40]

Zahlstelle Chemnitz.

[M. 1,20]

#### Achtung!

Diesigen Kollegen, welche während des letzten Halbjahrs 1906 bei der Firma Hartwig & Vogel, Dresden, in Arbeit waren, wollen ihre Adressen an den Hauptvorstand in Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer 56, einpenden.

#### Bäckerei-Verkauf.

In einem aufblühenden Badeorte Schleswig-Holsteins, in der Nähe von Hamburg, ist eine gutgehende Bäckerei mit schönem Grundstück und großem Garten krankheits-halber sofort zu verkaufen. Näheres Ad. Lütje, Altona, Schulterblatt 1. [M. 3]



**Achtung! Achtung!**  
**Bäcker im bayerischen Oberland.**  
Freitag, den 1. Mai 1908:

## Maifeier in Holzkirchen

im Gasthaus Kirchberger.

Sämtliche Bäcker im bayerischen Oberland werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. [M. 4,60]

Sektion Schlierachtal. Mitgliedschaft Rosenheim.

NB. Am Pfingstfest: Ausflug nach Salzburg.



### Mitgliedschaft Hamburg-Altona.

Sonntag, den 3. Mai, nachm. 2 Uhr:

## Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshaus, oberer Saal.

Tagesordnung: 1. Quartals- und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl dreier Vorstandsmitglieder. 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes unbedingt zur Stelle zu sein und pünktlich zu erscheinen. [M. 2,40]

Der Vorstand.

## Die Niederrheinische Bäckereigenossenschaft, „Volksbrot“, Düsseldorf-Neuß-Cöln, sucht bis 1. Juni 1908 einen tüchtigen Geschäftsführer.

Bedingung: Fachkenntnisse, doppelte, amerikanische Buchführung, Bilanzsicher und Kalkulation.

Gehalt M. 2100, steigend bis M. 3000 mit M. 100 jährlich. Zuschriften sind zu richten mit der Aufschrift „Venerburg“ bis 1. Mai an: Hans Ziegert, Graveur, Düsseldorf, Himmelgeisterstraße 2. [M. 3]

Inserent Verbandskollegen Albert Rockenbauch und seiner lieben, braven Braut zu ihrer Verlobung

### die herzlichsten Glückwünsche!

Seine Freunde und Verbandskollegen in Basel. [M. 1,20] Dieses Späßle — kost a Fäßle.



## Zur Beachtung!

Heute ist der 18. Wochenbeitrag (26. April bis 2. Mai) fällig.



## Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 26. April:

Baut-Wilhelmshaven: Nachm. 3 Uhr bei Held, Grenzstraße 34. — Chemnitz: Nachm. 3 Uhr „Zur Stadt Meissen“. — Crimmitschau: Nachm. 3 Uhr in der Zentralherberge. — Gabeln: Im Gewerkschaftshaus, Baustraße. — Hemmingdorf: Nachm. 4 Uhr bei Lehmann. — Zeitz: Nachm. 3 Uhr in Neumanns Restauration, Gartenstraße.

Dienstag, 28. April:

Mainz: Nachm. 2 Uhr bei Thiele, Brandt 17.

Donnerstag, 30. April:

Darmstadt: Nachm. 4 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. — Düsseldorf (Konditoren): Im Lokal Böbingerstr. 59. — Stuttgart (Bäcker): Nachm. 3 1/2 Uhr in der Schützenhalle, Hauptstätterstr. 21.

Freitag, 2. Mai:

Leipzig (Konditoren): Abends 8 Uhr im Volkshaus, Zeitzerstr. 32. — Segeberg: Abends 8 Uhr bei Sorgenfrei, Lübeckstraße. — Stettin (Sektion der Konditoren und Tagesbäcker): Im Restaurant „Grei“, Elisabethenstraße 69.

Sonntag, 3. Mai:

Brandenburg: Nachm. 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wollenweberstraße. — Braunschweig: Nachm. 3 1/2 Uhr in Stegers Bierpalast, Stobenstr. 9. — Bahrenth: Im Gasthaus „Zur Krone“, Bahnhofstraße. — Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentstr. 5. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr bei Richard Gwalb, Breitestr. 15. — Dessau: Nachm. 3 Uhr bei Herold, Alkanischerstr. 66. — Offen a. d. R.: Nachm. 3 Uhr bei v. d. Loo, Schützenbahn. — Forst i. d. L.: Nachm. 3 Uhr bei Mielke, Bahnhofstraße. — Frankfurt a. M. (Sektion der Fabrik- und Tagesbäcker): Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Frankfurt a. d. O.: Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — Gießhacht: Nachm. 4 1/2 Uhr bei Wiltz, Wulke. — Gölzig: Nachm. 2 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 43. — Hannover: Nachm. 3 Uhr in Wiebraut's Hotel, Knochenhauerstr. 1. — Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstr. 23. — Kiel: Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. — Lübeck: Nachm. 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. — Meuselwitz: Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zum Deutschen Kaiser“ (Verkehrslokal). — Plauen i. V.: Nachm. 2 Uhr im „Schillerpark“. — Rudolstadt: Nachm. 2 Uhr im „Gambrius“. — St. Johann a. d. E.: Nachm. 3 Uhr im „Tivoli“, Gerberstraße 26. — Schwerin: Nachm. 4 Uhr bei Wiltz, Deder, Gr. Mar 51.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von D. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer & Co. in Hamburg.